Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

online lesen: www.linkekritik.de/pb-i.html

Der französische Flugzeugträger „Charles de Gaulle“

- **Jahrestagung des deutsch-französischen Instituts – dfi, Berichte zur Tagung im Juni: Aachener Vertrag, Wirtschaft, Militär**
- **Ein Clown vollführt einen Balanceakt**
- **Antisemitische Vorfälle und Angriffe nehmen zu**
- **„Die IG Metall in einer ungewissen Zeit“ … positioniert sich**
- **Was heißt hier „wir“? Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten**
- **Bremen: … was aus linker Sicht mit in den Koalitionsvertrag eingeflossen ist**
- **Kalenderblatt, 22. Dezember 1921: Die ungarischen Gewerkschaften zwischen den Weltkriegen**

Ausgabe Nr. 8-9 am 22. August 2019, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

AfD fordert neue Verteidigungsministerin heraus

Martin Fochler, München.

Zur Oberbürgermeisterwahl, die am 27. Oktober in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover ansteht, wird J. Wundrak, Generalleutnant der Luftwaffe a.D., für die AfD antreten. Bei Wahlen blieb die Niedersachen-AfD durchweg unter zehn Prozent. Wundrak (64), dessen Beruf die Beurteilung strategischer Verhältnisse gewesen ist, kann es um einen Wahlsieg nicht gehen. Der Griff nach dem OB-Amt ist ein Scheinangriff, strategisches Ziel sind Gebietsgewinne im Dienst und Milieu der Bundeswehr. Dem dient auch eine Initiative des AfD-Bundestagsabgeordnete Rüdiger Lucassen, Obmann im Verteidigungsausschuss, 2006 auf „eigenen Wunsch" im Dienstgrad Oberst aus der Bundeswehr geschieden. Er hat sich an den Wehrbeauftragten des Bundestages gewandt mit dem Ziel, die Suspendierung des Kommandeurs des Zentrums für innere Führung der Bundeswehr zu erreichen. Generaloberst Zudrop, habe „die AfD ‚vor versammelter Mannschaft' sinngemäß als keine ‚von Soldaten wählbare Partei' bezeichnet" und damit gegen das im Soldatengesetz verankerte Verbot der politischen Betätigung im Dienst verstoßen. (15.8.2019)

Die Politisierung der Bundeswehr ist somit in vollem Gange. Die Mitglieder der Streitkräfte leben unter dem Gesetz von Befehl und Gehorsam und somit in einem Spannungsverhältnis zu den Normen der Demokratie. Bei der Gründung der Bundeswehr wurde dem durch das Leitbild des „Bürgers in Uniform" Rechnung getragen. Damit war die Tradition gebrochen, nach der Soldaten, die auf Befehl eine verbrecherische Handlung ausführen, dafür nicht persönlich verantwortlich gemacht werden können. Die Logik der Befehlskette wurde auch durch die Wehrverfassung aufgebrochen, nach der oberste Vorgesetzte im Frieden die Verteidigungsminister und im Kriegsfall die Kanzler der BRD sind. Diese Vorkehrungen beseitigen die Spannung zwischen autoritärem Alltag und demokratische Umwelt nicht.

Rechtsextreme Tendenzen in der Bundeswehr veranlassten die jüngst unter Pomp verabschiedete Verteidigungsministerin von der Leyen dazu, die Auseinandersetzung auf dem Gebiet der Traditionspflege zu suchen. Sie stieß dabei auf breiten Widerstand, in der Truppe, in der Öffentlichkeit und ganz offenkundig der AfD.

Der jetzige Vorstoß der AfD gegen den Kommandeur des Zentrums für innere Führung ereignet sich im zeitlichen Zusammenhang mit dem Führungswechsel im Verteidigungsministerium. Frau Kramp-Karrenbauer, die sich in den letzten Monaten als Brückenbauerin zum rechten Rand der Union versucht hat, wird durch die AfD getestet. Wird sich Frau Kramp-Karrenbauer hinter das Leitbild des „Bürgers in Uniform" stellen? Sie würde sich dabei auf eine Auseinandersetzung nicht mit der Mehrheit, aber doch einer namhaften Zahl auch ranghoher Militärs einlassen müssen.

Wenn Propagandisten der in ihrer Argumentation zum Rechtsextremismus hin offenen AfD im Dienstalltag der Bundeswehr spürbar werden, wird die Armee dadurch noch nicht zum politischen Faktor mit Machtanspruch, jedenfalls nicht bei jetzigem Stand von Meinung und Mehrheit.

Gefahrenherde bilden sich anderswo. Das Leben unter Befehl und Gehorsam schafft einen Raum geteilter Erinnerungen, der in offiziellen und inoffiziellen Verbänden gepflegt wird. Auch schaffen die Streitkräfte im Einsatz traumatische Erfahrungen, Furcht ums Leben und Erfahrung des Tötens verschieben Wertvorstellungen. Das Milieu der Ehemaligen ist groß und wächst. Öffentliche Mittel und Sponsorengelder fließen dort hin, Verbindungen zur Welt der Sport- und Schützenvereine liegen nahe. Wird die AfD-Propaganda als Strömung in der Bundeswehr legitimiert, wird daraus in der Welt jener Vereinigungen eine beherrschende Stellung, ein Rekrutierungsfeld des gewaltbereiten Rechtsextremismus.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (alk, verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring (rog), Christoph Cornides (chc).
Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (thj, verantwortlich), t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzer (rül), Ulli Jäckel (ulj), Rosemarie Steffens (ros).
Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (maf, verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher (evd), Jörg Detjen (jöd).
Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de
Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.
Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de
Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung" werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.
Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail:gnn-koeln@netcologne.de
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Wider das Vergessen!

Eva Detscher, Karlsruhe

Alfred Nakache wurde jetzt in die International Swimming Hall of Fame (internationale Ruhmenshalle des Schwimmens) aufgenommen. Seine sportlichen Erfolge liegen 70 Jahre zurück – er war 1936 und 1948 Medaillengewinner bei Olympischen Spielen, ein Idol. Mit der Aufnahme in die Ruhmesliste wird in Erinnerung gehalten, dass der 1915 in Algerien geborener Franzose mit jüdischen Wurzeln bis 1941 für Frankreich startete, 1936 mit der 4 x 200-Meter-Staffel das deutsche Quartett besiegte, von den Nazis und kollaborierenden französischen Stellen dann aber zuerst seiner Existenz beraubt, in der gleichgeschalteten Presse denunziert und im Januar 1944 mit Frau Paule und Tochter Anne nach Auschwitz deportiert wurde. Er überlebte, auch den Todesmarsch von Auschwitz nach Buchenwald, Frau und Tochter waren bei der Ankunft in Auschwitz sofort ermordet worden. „Als Nakache 1945 aus Buchenwald befreit wurde, wog er noch 40 Kilogramm. Dennoch nahm er unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Toulouse das Schwimmtraining auf und arbeitete wieder als Sportlehrer." (FAS) 1946 schwamm er mit der französischen Nationalstaffel Weltrekord, 1948 trat er bei den Olympischen Spielen wieder für Frankreich an. Der Film „Le Nageur d'Auschwitz" von 2001 würdigt den 1983 Verstorbenen. Die Aufnahme in die Hall of Fame ist ein würdiger Akt und gibt Hoffnung, dass die Verfolgten des Naziregimes nicht vergessen werden.
Quelle: FAS, 18.8.19, Website der International Hall of Fame https://ishof.org/alfred-nakache.html

Gefährliches Spiel um die Macht: Die Brexit-Gräben locken Antidemokraten

Eva Detscher, Karlsruhe

Die „Neue Zürcher Zeitung" vom 17. August 2019 titelt: „Die EU kann das Brexit-Endspiel nicht verhindern, sie sollte danach aber Großbritannien unterstützen" und empfiehlt, anstatt wie das Kaninchen auf die Schlange zu starren und auf Wunder aus dem Vereinigten Königreich zu hoffen, dieser Tatsache ins Auge zu sehen. Denn – und da muss man der NZZ Recht geben – jeder konservative Parteiführer muss den politischen Einfluss der Brexitpartei von Nigel Fa-

rage neutralisieren (30,5 % aller Stimmen bei den Europaparlament-Wahlen im Mai!), und Boris Johnson handelt nach dem Motto, solange Großbritannien in der EU ist, wird das konservative Lager immer schwächer (Tories 15,5 % bei den EP-Wahlen). Welche Opfer er von der britischen Bevölkerung (ganz zu schweigen von den 3,5 Millionen Briten im EU-Ausland bzw. EU-Bürgern in Großbritannien) abverlangen wird, ist nicht vorhersehbar, die Szenarien dafür werden aber immer düsterer (Mangel an allem Wesentlichen, Einbruch in den Sozialsystemen, politische Unruhen u.v.m. kursieren). Und die NZZ hat auch damit Recht, dass der EU als Institution es nicht egal sein kann, was sich nach einem Brexit in dem Land abspielen wird. Aus Schweizer Sicht vielleicht kühler zu beobachten, für die Betroffenen hartes Brot. Und wenn man die Pläne für die Neugestaltung der britischen Gesellschaft anschaut, die Johnsons Chefstratege Cummings bereithält, und die am ehesten mit illiberaler Demokratie beschrieben werden können–, dann ist es eben nicht ganz so trivial, als ob hinterher alles wäre wie vorher, nur eben nicht in der EU.

Was kann noch passieren?

Johnsons Plan ist der Austritt zum 31.10.19 – mit oder ohne Vertrag, mit oder ohne Parlament, „‚do or die', koste es, was es wolle" wird er zitiert. Dafür hat ihn seine Partei gewählt. Und er reist nicht nach Brüssel oder zu Regierungschefs in der EU, sondern im Land herum und erzählt die alten Lügen wie „Gesundheitsdienst, Schulen werden mit Geld überschüttet". Tatsache wird eher sein, dass es zu dramatischen Engpässen und Elend kommen wird. Ein dazu gerade veröffentlichter interner Regierungsbericht spricht von Engpässen an den Grenzen, Lebensmittel, Benzin, Medikamente – die Liste der betroffenen Bereiche und Produkte ist lang. Der Widerstand gegen diesen Kurs ist bei den Tories zu schwach, aber auch in den Lagern der anderen Parteien wenig aussichtsreich. Die neueste Volte von Labour-Chef Corbyn, sich selbst zum Retter der Nation krönen zu lassen, stößt viele einfach ab. Er steht für Missachtung der Vielfalt von Argumenten gegen ein Verlassen der EU, ist selbst eher EU-feindlich, und die Labourpartei hat bislang kein Zeichen gesetzt, eine Alternative zu Johnsons Politik darzustellen und die Kräfte zusammenzubringen. Das ist umso trauriger, als die wirklich direkt Betroffenen kaum Gehör finden trotz ihrer vielfältigen Aktionen und ihrer beharrlichen Aufklärungsarbeit.

Szenarien

Variante 1: Großbritannien tritt aus am 31.10, sofort danach Parlamentswahl, die durch die Euphorie und die rechnerischen 45% (s.o.) an Tories und Brexit-Parteigänger geprägt werden und zum grandiosen Sieg von Johnson als Premier führen.

Variante 2: Neuwahlen noch vor dem 31.10. Da müsste in den nächsten Tagen etwas geschehen. Falls dann Labour siegen sollte, würde als erstes wohl ein Antrag an die EU gehen, den Termin wieder nach hinten zu verschieben – und dann? Neues Referendum? Antrag zurückziehen? Neue Verhandlungen? Wenn die Liberalen und die Grünen eine Mehrheit (in einer Koalition) hätten – dann gäbe es sicherlich ein neues Referendum …

Variante 3: Irgendwer hat eine Idee, wie die Republik Irland (als EU-Mitglied) und Nordirland (Landesteil von Großbritannien) das Problem mit der Grenze im Innern und zwischen der EU und Nicht-EU lösen können. Das ist der einzige Punkt, den Johnson angeboten hat, um überhaupt mit der EU zu sprechen.

Variante 4: Unvorhergesehenes ereignet sich in Großbritannien oder global, und alle Koordinaten verschieben sich …

Am 3. September wird das britische Parlament wieder zusammentreten. Die Unversöhnlichkeit der Positionen, die das ganze Land erfasst hat und die von den extremen Rechten benutzt wird, um Angst und Schrecken zu verbreiten (u.a. sind Morddrohungen gegen Abgeordnete an der Tagesordnung; am vergangenen Samstag wurde in Islington, Londoner Norden, der „Guardian"-Redakteur und Aktivist Owen Jones von fünf Schlägern der rechten Szene abgepasst und brutal zusammengeschlagen) spiegelt sich auch dort wieder. Johnson regiert mit hauchdünner Mehrheit. Vielleicht ist es übertrieben, aber vieles in der Wortwahl und Wucht erinnert an Schlüsselmomente in der britischen Geschichte. Das Parlament kann entscheiden und verhindern, dass ein harter Austritt ohne Abkommen „wirtschaftliche Turbulenzen bei Unternehmern, Mitarbeiter und Konsumenten auslöst" (NZZ) – und versuchen, einen anderen Weg zu finden. Wenn nicht, dann – so sind sich alle Beobachter einig – wird es eine ganze Weile dauern, bis sich ein normales Verhältnis in den Wirtschafts-, Handels- und politischen Beziehungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens einstellen wird. Revanchismus seitens der EU wäre da völlig unangebracht.

Boris Johnson will am 21.8. Angela Merkel in Berlin treffen, am Donnerstag Emmanuel Macron. Er will „für ein neues Austrittsabkommen werben und mitteilen, dass das Unterhaus einen Brexit ohne Deal nicht wird verhindern können". (Deutschlandfunk, 19.8.) Eigentliches Thema des Treffens ist allerdings die Vorbereitung des G7-Gipfels in Biarritz (24. bis 26.8).

Jahrestagung des deutsch-französischen Instituts – dfi

Berichte zur Tagung im Juni– Bemerkungen zum Aachener Vertrag

Matthias Paykowski. Karlsruhe

Der im Januar 2019 von Macron und Merkel unterzeichnete „Vertrag von Aachen", eine aktuelle Anpassung, Ergänzung und Modernisierung des Elysée-Vertrags von 1963, war Thema der Jahresversammlung des dfi. Nach drei Einleitungsbeiträgen mit Sicht aus der jeweiligen Perspektive von Deutschland, Frankreich und Polen auf das Vertragswerk wurden in zwei Arbeitsgruppen die Themen „Wirtschaft" und „Verteidigung" diskutiert. „Chancen für die Grenzregion" und „Kommunale und zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit" war Thema der Abendveranstaltung. Am zweiten Tag wurde in einer Feierstunde das deutsch-französische Parlamentsabkommen vorgestellt und gewürdigt, u.a. mit einer Ansprache des Bundestagspräsidenten Dr. Schäuble.

In der Erkenntnis, dass die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern einen unerlässlichen Schritt auf dem Wege zu dem ver-

einigten Europa bedeutet, welches das Ziel beider Völker ist.

Elysée-Vertrag: ein Rückblick

Mit dem Vertrag von 1963 war die Hoffnung verbunden- aus den Erfahrungen von Weltkrieg, Block-Konfrontation West-Ost und Kaltem Krieg – die Versöhnung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk und damit eine „Jahrhunderte alte Rivalität" zu beenden, das Verhältnis der beiden Völker zueinander „von Grund auf neu zu gestalten" und beide Völker sowohl „hinsichtlich ihrer Sicherheit als auch hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung miteinander" zu verbinden. Die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern wurde als Weg betrachtet zu einem vereinigten Europa, „welches das Ziel beider Völker ist". Insbesondere die junge Generation sollte eine entscheidende Rolle bei der Festigung der deutsch-französischen Freundschaft einnehmen.

Die Vertragspartner verpflichteten sich zur Zusammenarbeit, insbesondere in den Feldern auswärtige Angelegenheiten, Verteidigungsfragen sowie Erziehungs- und Jugendfragen (Punkt II des Vertrags). Ministerien, Botschaften, leitende Beamten und Behörden wurden auf regelmäßige, in kurzen Zeitabständen stattfindende Konsultationen, gemeinsame Beratungen festgelegt – auch weit über die in Punkt II beschriebenen Schwerpunkte der Zusammenarbeit hinaus.

In der Überzeugung, dass die enge Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich für eine geeinte, leistungsfähige, souveräne und starke Europäische Union entscheidend gewesen ist und ein unverzichtbares Element bleibt.

Aachener Vertrag

Mit dem Vertrag von 2019 werden die Gegenstände gemeinsamer Konsultation und Handlungen nicht nur um weitere ergänzt, sondern auch inhaltlich ausgebaut. Der Vertrag besteht aus fünf inhaltlichen Kapiteln: europäische Angelegenheiten; Frieden, Sicherheit und Entwicklung; Kultur, Bildung, Forschung und Mobilität; regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit; nachhaltige Entwicklung, Klima, Umwelt und wirtschaftliche Angelegenheiten. Nicht nur die Felder der Konsultationen sind erweitert, auch Organisation und Strukturen sollen schneller an Erfordernisse angepasst werden, wenn gemeinsame Ziele nicht erreicht werden wie vereinbart.

Vorangestellt ist eine Würdigung des Elysée-Vertrages als historischer Beitrag der Aussöhnung, und das in Folge dieses Vertrages entstandene „beispiellose Geflecht bilateraler Beziehungen zwischen … Zivilgesellschaften und staatlichen Stellen auf allen Ebenen".

Ziele des Vertrags: die bilateralen Beziehungen auf eine neue Stufe heben; die Konvergenz der Volkswirtschaften und ihrer Sozialmodelle erhöhen, kulturelle Vielfalt fördern, die Gesellschaften und ihre Bürgerinnen und Bürger enger zusammenbringen. Eine „geeinte, leistungsfähige, souveräne und starke Europäische Union" braucht die enge Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich, sie bleibe ein unverzichtbares Element. In der Europapolitik soll verstärkt zusammengearbeitet werden, um „die Einheit, die Leistungsfähigkeit und den Zusammenhalt Europas zu fördern und diese Zusammenarbeit zugleich allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union offen zu halten." Das Stichwort für die Sozial- und Wirtschaftspolitik lautet „Aufwärtskonvergenz, um die gegenseitige Solidarität zu stärken und im Einklang mit den Grundsätzen der europäischen Säule sozialer Rechte auf eine fortwährende Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen hinzuwirken". Besonderes Augenmerk soll auf die Stärkung und Selbstbestimmung von Frauen sowie die Gleichstellung der Geschlechter gerichtet werden.

Arbeitsgruppe Wirtschaft

Die AG „Der deutsch-französische Wirtschaftsraum: Mehr als ein Traum?" wurde von Dr. Eileen Keller vom dfi eingeführt und moderiert.

Beiträge zur Diskussion lieferten Dr. Corinna Bölhoff, vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Leiterin des Referats Beziehungen zu EU-Mitgliedsstaaten; Catherine Rozan, Mitarbeiterin in der französischen Botschaft in Deutschland, dort zuständig für den Dienst regionales Wirtschaften; Xavier Susterac, von der Deutsch-französischen Handelskammer.

Der französische Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire und der deutsche Wirtschaftsminister Peter Altmaier hatten im Februar 2019 ein „deutsch-französisches Manifest für eine europäische Industriepolitik im 21. Jahrhundert" vorgestellt, das ebenso Eingang in die Diskussion fand wie Altmaiers „Nationale Industriestrategie 2030 – Strategische Leitlinien für eine deutsche und europäische Industriepolitik".

Der Meinungsaustausch war so rege und unstrukturierbar wie die Vielfalt des Publikums und ihre Anliegen.

Hier einige der Fragezeichen: Handelt es sich bei einer gemeinsamen deutsch-französischen Initiative zu einer gemeinsamen Industriepolitik um eine europäische Sonderrolle? Werden damit andere europäische Wirtschaftsräume abgehängt oder dominiert? Müssen die Wettbewerbsregeln an globale Konkurrenzverhältnisse angepasst werden, nachdem die EU-Wettbewerbs-Kommissarin Vestager die Fusion der Mobility-Sparte von Siemens und von Alstom untersagt hat oder werden damit, wie die Kommissarin urteilt, Wettbewerber in der EU benachteiligt und die Monopolbildung gefördert? Wie müssen die vielfältigen industriellen Anstrengungen im Bereich Rüstung beurteilt werden? Sind sie notwendig für die Entwicklung technologischer Führerschaft oder als staatliche Förderung privater Unternehmen zu beurteilen?

Erfolgversprechender scheinen die Aussichten in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und auf kommunaler Ebene der Kooperation: Der Aachener Vertrag räumt – und das ist neu gegenüber dem Elysee-Vertrag – für grenzüberschreitendes Zusammenarbeiten und -wachsen weitreichende Möglichkeiten ein, u.a. auch das Novum, die jeweils nationalen rechtlichen Rahmen den regionalen Gegebenheiten der Grenzregionen anzupassen.

Grenzüberschreitende Regionen können damit wie Versuchsfelder oder Labore agieren, um das Alltagsleben in diesen Regionen zu erleichtern. Von Erfahrungen und Fortschritten im deutsch-französischen „Labor" könnten dann auch Grenzregionen von anderen Nachbarstaaten in der EU profitieren, immerhin leben etwa 150 Millionen Menschen in solchen Grenzregionen.

Arbeitsgruppe Verteidigung

Eva Detscher, Karlsruhe

„Verteidigung: eine gemeinsame Strategie, konkrete Projekte?" wurde von Jean-Dominique Giuliani, Präsidenten der französischen Robert-Schumann-Stiftung, Paris moderiert. Auf dem Podium Stefan Bantle vom Auswärtigen Amt („Entstehung und Prioritäten des Verteidigungskapitels des Aachener Vertrags"), Luc Jouvenance („Die bestehenden militärischen Kooperationen, Erfah-

Bild „Charles de Gaulle“. Von USN – U.S. Navy VFA-146 official website [1] photo [2], gemeinfrei, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=11845362

Deutsch-französische Militärkooperationen

Zur See: Frankreich verfügt mit der Charles de Gaulle über einen – als einziger außerhalb der US Navy – atomar angetriebenen, 2001 in Dienst gestellten Flugzeugträger. Für 2030 plant Frankreich einen weiteren in Dienst zu nehmen. Die CDU-Vorsitzende Kramp-Karrenbauer möchte diesen als „deutsch-französisches Gemeinschaftsprojekt“, mit europäischem Etikett versehen, eingesetzt sehen.
Zur Luft: Für das Future Combat Air System (FCAS), ein gemeinsames Kampfflugzeugprojekt von Deutschland und Frankreich, hatte der Bundestag die ersten Zahlungen bewilligt. Das Kampfflugzeug soll die französische Rafale und den deutschen Eurofighter ab 2040 ersetzen.
Zu Land: der erste deutsch-französische Kampfpanzer MGCS (Main Ground Combat System), einer Art Hightech-Kampfpanzer plus Begleitfahrzeuge soll ab 2035 den Leopard und den französischen Leclerc ersetzen.
Im Weltraum: Änderung der französischen Weltraumdoktrin. Frankreich will Satelliten künftig mit Laserwaffen ausrüsten. Ab Jahr 2023 sollen sogenannte Nanosatelliten mit einem Gewicht bis zu zehn Kilogramm, ins All geschickt werden – zur „Selbstverteidigung“.

rungen und Herausforderungen“) sowie Prof. Dr. Hans Stark vom Französischen Institut für internationale Beziehungen ifri („Was sind die Voraussetzungen für den Erfolg einer verstärkten Zusammenarbeit?”). Die Grafik auf der nächsten Seite verweist auf einen der vielen Aspekte komplexer Überschneidungen der zwischenstaatlichen Ebenen. Acht Staaten (Spanien, Frankreich, Niederlande, Portugal, Deutschland, Italien, Belgien und Estland) sind in allen vier Kreisen zuhause. Eine Mitarbeiterin des Auswärtigen Amtes wies darauf hin, dass Sicherheitspolitik weit vor militärischen Optionen beginnt und dass sie mit vielen anderen Ressorts direkt gekoppelt ist, am engsten wahrscheinlich mit der Außenpolitik.

Aus dem Publikum wurde die als verstärkt geführt empfundene Debatte um militärische Kooperationen thematisiert. Sie berge doch die Gefahr, Ziele und Interessen militärisch durchsetzen zu wollen, als Ein- und Angriffsstrategie. Dazu wollten sich die Vortragenden aber nicht äußern.

Die Bilanz der Einsätze der letzten 15 Jahre unter der seit dem Lissaboner Vertrag bestehenden gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) bezifferte Jouvenac auf 34 Operationen und Missionen (zwölf militärische, 22 zivile), aktuell 16 (sechs militärische, zehn zivile).

Den unterschiedlichen verfassungsrechtlichen Bedingungen allein schon zwischen Deutschland und Frankreich, unter denen seit Jahrzehnten diskutiert wird, müsste gemeinsames militärisches Handeln Rechnung tragen. „Während der französische Präsident den Einsatz

GELESEN: Emmanuel Macron: Revolution. Wir kämpfen für Frankreich

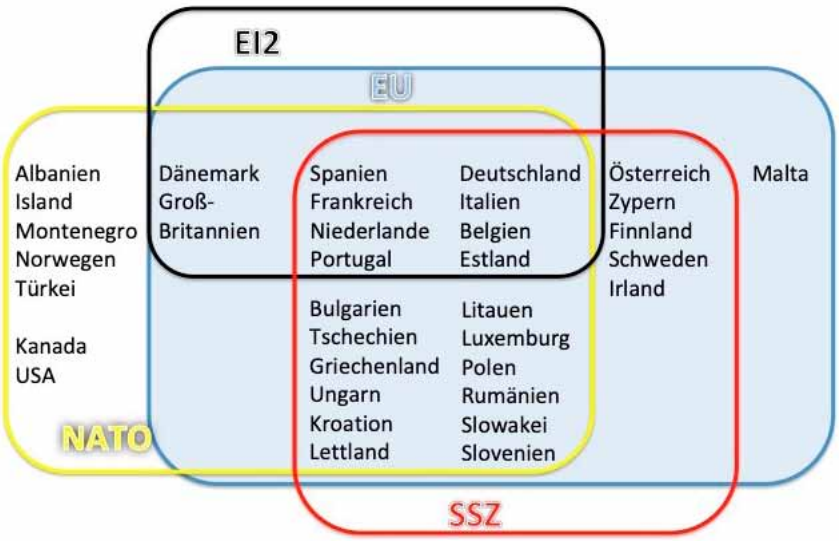
Alfred Küstler, Stuttgart. Die etwas mehr als 200 Seiten umfassende Darlegung der politischen Ziele und des biografischen Hintergrunds des französischen Präsidenten ist zwar schon drei Jahre alt, es war die programmatische Schrift, mit der Macron zu den Wahlen antrat. Aber sie ist immer noch interessant, vor allem weil sie in deutscher Übersetzung die Person und die Ziele des französischen Präsidenten deutlich macht. Manches davon ist sicher „Werbeblock“, wie die Überschriften der ersten drei Kapitel: „Was ich bin. Woran ich glaube. Was wir sind.“ Wobei die Biografie deutlich macht, dass Macron kein „Neoliberaler“ ist – politisch sozialisiert wurde er eher bei der Linken, schließlich war er auch Minister in der sozialistischen Regierung von François Hollande.

Einige Kapitelüberschriften geben die Richtung für die nationale Politik Frankreichs an, wobei drei Jahre nach dem diese Thesen veröffentlicht wurde, schon deutlich sichtbar ist, was auf den Weg gebracht wurde und was noch lange brauchen wird oder gar zu scheitern droht: „Bildung für alle unsere Kinder“ (immerhin mit der Idee, dass die berufliche Bildung gestärkt werden muss). „Von seiner Arbeit leben können“ (hier fordert Macron vor allem eine Reform des Arbeitsrechts, das ist teilweise umgesetzt). „Mehr für die tun, die weniger haben“ (hier will Macron vor allem eine Änderung des Sozialsystems, das eher ausgrenzend wirke). „Die vielen Frankreichs versöhnen“ (Metropolen und Randlagen, ein Thema, das mit dem Auftreten der „Gelbwesten“ inzwischen sehr brisant wurde). „Denen die Macht zurückgeben, die handeln“ (Bürgerbeteiligung, Verlagerung von Kompetenzen in die Kommunen).

„Eine neue Grundlage für Europa“ – Souveränität, und hier ist sich Macron einig mit der deutschen Politik, bedeute Schutz der europäischen Außengrenzen. Aufschwung der Wirtschaft, dazu ein gemeinsamer Haushalt für Investitionen, das lehnt die deutsche Politik bisher strikt ab. Demokratische Debatte in Europa, dazu auch Überprüfung der europäischen Verfahrensregeln, ein Vorschlag Macrons, zu dem sich die deutsche Politik gar nicht äußert.

Emmanuel Macron, Revolution. Wir kämpfen für Frankreich. Morstadt Verlag Kehl am Rhein. April 2017. 234 Seiten, 22,90 Euro

der Truppe befehlen kann und das Parlament erst nachträglich informieren muss, hat der Bundestag beim Einsatz der Bundeswehr das letzte Wort“, fasst Prof. Frank Baasner, Präsident des dfi, einen der verfassungsrechtlichen Punkte zusammen. „Man kann kaum davon ausgehen – darin waren sich die Diskutanten schnell einig – dass sich in absehbarer Zeit etwas an den Rahmenbedingungen ändert. So wird der Schwerpunkt in nächster Zeit wohl stärker auf der Herausbildung gemeinsamer Führungskapazitäten liegen, mit dem Ziel, eine gemeinsame strategische Militärkultur zu entwickeln. Mehr Spielraum besteht zumindest theoretisch bei industrieller Kooperation. Große Rüstungsprojekte sind vereinbart. Aber auch hier zeigen sich große Hindernisse, etwa bei der Frage der unterschiedlichen Regeln und Bedingungen für den Waffenexport. Heikle politische Fragen, die da auf der Tagesordnung stehen.



Schnittmengen der vier zwischenstaatlichen und mehrstaatlichen Institutionen
EU: Europäische Union, 28 Staaten. Nato: Nordatlantischer Verteidigungspakt: 29 Staaten. EI2: Europäische Interventionsinitiative (engl.: EII): 10 Staaten. SSZ: Ständige Strukturierte Zusammenarbeit der Europäischen Union (engl.: PESCO): 25 Staaten. Bild nach Folie von Jouvenac.

Ein Clown vollführt einen Balanceakt

Volodymyr Ishchenko (siehe Politische Berichte vom Mai d.J.) hat im Magazin „Jakobin“ die Parlamentswahl in der Ukraine im Juli kommentiert. Hauptsächlich auf diesem Artikel beruht der folgende Bericht.

Eva Detscher, Karlsruhe (mit freundlicher Genehmigung von V. Ishchenko)

254 von 450 Sitzen hat die Partei von Volodomyr Selenskyj – „Servant of the People“ (so in etwa: „Diener des Volkes“ oder „... der Leute“, Diener dabei in der Einzahl) bei den Parlamentswahlen in der Ukraine am 21. Juli 2019 gewonnen. Der stärkste Impuls für die Wahl war die Ablehnung des politischen Kurses der bisherigen Präsidenten Petro Poroshenko und seiner Partei: die Wahlen haben aggressivem Nationalismus und der durch den Maidan-Aufstand von 2014 entstandenen politischen Spaltung des Landes ein „Njet“ erteilt. „Während vor fünf Jahren die Parteien, die sich mit Maidan identifizierten, eine deutliche Mehrheit gewannen, bekamen sie diesmal nur einen von sechs Sitzen; zwei der fünf Parteien, die 2014 die Regierungskoalition bildeten, kamen nicht über die 5%-Hürde. Nachdem sie fast auf Null in den Umfragen gesunken waren, hat die zweitgrößte Partei des letzten Parlaments – die ‚Volksfront‘ – nicht einmal Kandidatenlisten aufgestellt. Unterdessen erhöhten die ‚pro-russischen‘ antimaidanischen Oppositionsparteien ihre Vertretung von neunundzwanzig auf neunundvierzig Sitze, obwohl dies immer noch kaum einer von zehn Sitzen ist.

Zum ersten Mal in der Geschichte der postsowjetischen Ukraine wird es eine Einparteienmehrheit und -regierung geben. Dieses Ergebnis kam auch für die Wahlsieger überraschend. Wenn die Wahlen bewiesen haben sollten, dass die alten Eliten der Ukraine ihr Land nicht mehr verstehen, verstehen ihre Nachfolger es kaum irgendwie besser.“

Die Wahl war von ursprünglich Oktober vorgezogen worden, der Wahlsieg von Servant of the People war mit 43% der Stimmen für die Parteienliste und mit dem Gewinn von fast zwei Dritteln der Einzelmandats-Wahlkreise überwältigend.

„Diese lokalen Wahlkreise werden seit langem von einer Politik der Günstlingswirtschaft und des Klientelismus dominiert. Die Ukrainer haben sogar einen speziellen Begriff, siiaty hrechku, was im Wesentlichen bedeutet, Wähler für miserable Almosen oder kleine Verbesserungen im Bezirk zu kaufen. Es überrascht nicht, dass es in einem der ärmsten Länder Europas – einem Land, in dem jede Wahl in der Regel nur neue Enttäuschungen mit sich brachte – tatsächlich viele Menschen gab, die ihre Stimme geringer schätzten als ein kleines Paket billiger Lebensmittel. Lokale starke Männer konnten so ihre eigene Wahl (oder die ihrer Loyalisten) über mehrere aufeinanderfolgenden Amtszeiten hinweg sicherstellen, so dass sie ihre Geschäftsinteressen schützen und eine Strafverfolgung vermeiden konnten.

Die Wahl der Kandidaten von Servant of the People gegenüber lokalen Baronen war eine scharfe Absage an dieses System. Einige der neuen Abgeordneten sind bekannte Prominente, insbesondere Persönlichkeiten aus der Fernseharbeit von Selenskyj, populäre Journalisten oder Blogger. Überraschenderweise ist wahrscheinlich nur eine kleine Minderheit mit Ihor Kolomoisky verbunden – einem oppositionellen Oligarchen, der Selenskyj unterstützte, nicht aber als sein Hintermann gilt. Doch die allermeisten Kandidaten waren der breiten Öffentlichkeit unbekannt, selbst in ihren eigenen Stadtteilen. Meistens kamen sie aus kleinen oder mittleren Unternehmen und ‚normalen‘ Berufen – Hochzeitsfotografen, Grundschullehrer und Pizzeriabesitzer siegten gegen lokale Barone und gegen die Kandidaten von pro-maidanischen nationalistischen oder anti-maidanischen Oppositionsparteien. Die Kandidaten für Zenelnskiys Partei kämpften oft nicht einmal vor Ort – ihre einzige Ressource war die Parteimarke und die Ablehnung der traditionellen Oberschicht.“

Im Parlament waren drei Viertel noch nie zuvor Abgeordnete (dafür gab es eine spezielle Sommerschule für diese Neulinge mit 101 Kursen in parlamentarischen Verfahren, öffentlicher Ordnung und Wirtschaft), das Durchschnittsalter ist um sieben Jahre gesunken, der Anteil der Frauen von neun auf 21 Prozent gestiegen.

„Die Partei Servant of the people ist keine Volksbewegung mit Basis unter den Grassroot-Aktivisten. Während sie die Bürgerinnen und Bürger offen aufforderte, sich für die Marke einzusetzen, war das Auswahlverfahren alles andere

als transparent. Das einzige offensichtliche Kriterium, das den Diener-des-Volks-Abgeordneten vereint, ist, dass sie neu sind in der Politik. ... Die Führer von Servant of the people definieren die Partei-Ideologie als ‚libertär'. Damit ist die Ukraine heute wahrscheinlich das erste Land der Welt, in dem eine nominell libertäre Partei die Regierung bildet .... Zu ihren Reihen gehören auch Nationalisten, die sich nicht wesentlich von denen unterscheiden, die die Ukraine nach 2014 regierten, sowie hartnäckige Kritiker von Maidan und was darauf folgte. Viele Geschäftsleute und andere Persönlichkeiten in ihren Reihen haben keine klare ideologische Ausrichtung. Aber es gibt auch viele junge Menschen aus dem neoliberalen, pro-westlichen NGO-Expertenmilieu. Ein Paar hat seinen Hintergrund sogar in der radikalen Linken."

Präsidentschaft und Legislative sind in der Hand von Selenskyj und seiner Partei. Insofern ist jetzt vieles möglich bis hin zur Verfassungsänderung bei geschickter Koalitionspolitik. Als nächstes sollen schnelle Kommunalwahlen folgen – wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 3. August berichtet, steht auch Boxidol Vitali Klitschko, Bürgermeister von Kiew, auf Selenskyjs Abwahlliste. FAZ: „Aber Klitschko ist auch als politischer Gegner ein Schwergewicht: In dieser Woche traf er in Amerika den Juristen Rudolph Giuliani, der für Präsident Trump gelegentlich außenpolitische Missionen unternimmt. Man habe auch über Kommunalpolitik gesprochen, teilte Klitschko mit. Sucht er Verbündete? In Europa hat er sie bereits: Seine Partei UDAR (Ukrainische demokratische Allianz für Reformen, zugleich heißt das russisch/ukrainische Wort ‚Udar': ‚Schlag') ist Partner der Europäischen Volkspartei, auf mehreren CDU-Parteitagen war Kltischko bereits zu Gast."

V. Ishchenko zu den Perspektiven:

„Selenskyjs Rhetorik dreht sich um die fortwährenden Themen der postsowjetischen ‚Reformen': unternehmensfreundliche Politik, Deregulierung und Korruptionsbekämpfung. Die wichtigste Hoffnung besteht darin, die Ukraine für ausländische Investoren attraktiver zu machen und gleichzeitig den ‚Wettbewerbsvorteil' zu erhalten, über die billigsten Arbeitskräfte in Europa zu verfügen. Aus dieser Perspektive muss auch die postsowjetische Bürokratie durch das ersetzt werden, was Selenskyj ‚Regierung im Smartphone' nennt. Geschäftsleute bleiben auch weiterhin irritiert von den Zahlungen und Einschränkungen, die durch die Überreste des stark dezimierten sowjetischen Sozialstaates erforderlich sind. Einige Arbeits- und Wohnungsvorschriften wurden seit den 1970-80er Jahren nicht mehr geändert, aber in den drei Jahrzehnten seit dem Zusammenbruch der UdSSR systematisch unterfinanziert. Diese bieten jedoch oft zumindest ein Sicherheitsnetz (wenn auch ein unzureichendes) für den ärmsten Teil der Bevölkerung der Ukraine."

„Die weit verbreitete Erzählung über ‚Korruption' bezieht sich nur teilweise auf die (un)effiziente Arbeit öffentlicher Institutionen. Seine Haupteinsätze liegen vielmehr im Konflikt zwischen transnationalem und lokalem Kapital – also den berüchtigten Oligarchen, deren primärer Wettbewerbsvorteil in der Bevorzugung des ukrainischen Staates liegt."

„Ein weiteres Risiko für Investitionen ist der Krieg in Donbass. Doch trotz der Versprechungen von Selenskyj erscheint ein Durchbruch bei der Integration der Region zurück in die Ukraine unwahrscheinlich, es sei denn, die Vereinigten Staaten, die Europäische Union und Russland einigen sich auf die Zukunft der Ukraine."

„Wenn Selenskyj eine Geste der Versöhnung macht, die Verpflichtungen des Minsker Abkommens erfüllt (z.B. die Gewährung eines besonderen Autonomiestatus für Donbass und einer Amnestie für Militante) oder die vielen jingotischen Gesetze (Überlegenheit des eigenen Landes mit aggressiver Außenpolitik, Anm. ED) revidiert, die während der Herrschaft Poroschenkos verabschiedet wurden, wird er auf radikale Widerstände von Nationalisten und patriotischen Bürgerwehrleuten treffen, die von einem großen Teil der ukrainischen ‚Zivilgesellschaft' unterstützt werden. Sie werden einen abgegriffenen Katalog von Anklagen von ‚Verrat' über ‚russischen Revanchismus' bis hin zu ‚Kapitulation vor dem Aggressor' aufstellen. Selenskyj hat bereits mehrfach nationalistischen Mobilisierungen zugestimmt, vor allem als er eine geplante Telebrücke zwischen dem russischen Staatsfernsehen und dem eigenen Sender des pro-russischen Politikers Viktor Medvedchuk verurteilte. Nur wenige Tage später, als ein anderer Medwedtschuk-Kanal Pläne ankündigte, Oliver Steins neuen Film Revealing Ukraine zu zeigen, wurde das Gebäude des Fernsehsenders von Militanten mit einem Granatwerfer angegriffen, was zur Absage der Sendung führte."

„Hoffnungen?

Nicht alles ist Schicksal und Finsternis. Tatsächlich haben die Ukrainer heute laut Umfragen optimistischere Erwartungen als zu irgendeinem Zeitpunkt in der postsowjetischen Geschichte. Selenskyjs spektakulärer Vorstoß und sein Versprechen, den Zustand korrupter Beamter – und sogar aller, die in der letzten Regierung ein hohes Amt innehatten – zu bereinigen, sind sehr beliebt, ungeachtet der Kritik westlicher Botschafter."

„Wenn es ihm nicht gelingt, den IWF dazu zu bringen, einer Senkung der himmelhohen Energiepreise – ein Desaster für Millionen von Ukrainern – zuzustimmen oder einen Friedensprozess in Donbass voranzutreiben, wird seine Unterstützung sicherlich zusammenbrechen. Da die großen Parteien nicht als Strukturen für das politische Engagement der Bevölkerung in Frage kommen, sind die Loyalitäten der Ukrainer unbeständig und können sehr leicht von einer Berühmtheit zur anderen, von einer Fernsehsendung zu den neuen Medien wechseln. Viele Ukrainer werden, so hoffen wir, verstehen, dass es nicht nur gut aussehende ‚neue Gesichter' in der Regierung braucht, sondern ein völlig neues Projekt für die wirtschaftliche und nationale Entwicklung der Ukraine – angetrieben nicht von einer virtuellen, ‚leeren Signifikantenmarke', sondern von einer populären politischen Kraft."

Woher diese Kraft allerdings kommen soll, sei fraglich: Oppositionsparteien sind in alles Mögliche verstrickt, an der Wahl nahm keine linke Partei teil, und die Zentrale Wahlkommission hat der Kommunistischen Partei die Registration verweigert. Die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission, eine Einrichtung des Europarates) hat das entsprechende Gesetz für unzulässig erklärt (siehe Anmerkung), das ukrainische Verfassungsgericht hat es dennoch bestätigt. V. Ishchenko meint, „die einst große kommunistische Wählerschaft teilte sich wahrscheinlich zwischen Diener des Volkes, der Oppositionsplattform und Sharii auf oder blieb zu Hause", und schließt: „Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2019 zeigten eine große Nachfrage nach Alternativen. Die Forderung nach einem tieferen Wandel – und einem alternativen Projekt für die nationale Entwicklung – kann nur greifen, wenn die Enttäuschung über diese ‚neuen Gesichter' wächst. In der Tat ist es für ein armes Land, das von vielen internen und geopolitischen Widersprüchen zerrissen ist, eine solche Veränderung zu erreichen, eine Frage des Überlebens."

Quellen und Anmerkungen:

Jakobin: https://www.jacobinmag.com/2019/08/volodymyr-Selenskyj-ukrainian-parliamentary-election

FAZ vom 3.8.2019, Seite 5

„Dekommunikationsgesetz" der Ukraine hat Nazi- und kommunistisches totalitäres Regime gleichermaßen kriminalisiert und die Verbreitung derer Symbole verboten. Der „Verfassungsblog" verweist auf einen lesenswerten Artikel dazu: https://verfassungsblog.de/decommunization-in-times-of-war-ukraines-militant-democracy-problem/

DOK Aktionen – Initiativen: Nie wieder Hiroshima und Nagasaki

Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen

Nie wieder Hiroshima und Nagasaki

2.8.2019 Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW erinnert anlässlich der Jahrestage der Atombombenangriffe auf die japanischen Städte Hiroshima (6. August) und Nagasaki (9. August 1945) an die katastrophalen humanitären Folgen von Atomwaffen. Mehr als 200 000 Menschen wurden durch die Angriffe getötet, Zehntausende starben an den Spätfolgen ihrer Verbrennungen, Verletzungen und der Radioaktivität. „Die Überlebenden dieser Angriffe eint seit 74 Jahren das gemeinsame Ziel einer Welt ohne Atomwaffen und atomare Bedrohung. Niemals wieder sollen nachfolgende Generationen die Hölle auf Erden erleben müssen, die sie durchgemacht haben. Diesem Ziel sind wir vor zwei Jahren mit dem Abschluss des UN-Vertrags für ein Verbot von Atomwaffen einen großen Schritt näher gekommen“, erklärt Dr. Alex Rosen, IPPNW-Vorsitzender.

Am 7. Juli 2017 verabschiedeten 122 Staaten bei den Vereinten Nationen einen Vertrag zur völkerrechtlichen Ächtung von Atomwaffen. Sobald der Vertrag von mindestens 50 Staaten ratifiziert ist, werden Entwicklung, Herstellung, Lagerung, Weitergabe, Erwerb, Besitz, Testung und der Einsatz von Atomwaffen gegen das Völkerrecht verstoßen. Bis jetzt haben den Vertrag bereits 70 Staaten unterzeichnet und 24 ratifiziert. Sobald 50 Ratifikationen erreicht sind, tritt er in Kraft. „Wenn Deutschland im UN-Sicherheitsrat Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung wieder in den Mittelpunkt internationaler Politik rücken möchte, sollte die Bundesregierung mit gutem Beispiel vorangehen, die US-Atomwaffen aus Büchel abziehen lassen und dem UN-Vertrag über ein Atomwaffenverbot beitreten“, so Dr. Rosen. Damit hätten Sie auch die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. Laut einer aktuellen Umfrage von Greenpeace sprechen sich 91 Prozent der Bevölkerung für den Beitritt Deutschlands zum UN-Verbotsvertrag aus.

www.ippnw.de/startseite/artikel/de/nie-wieder-hiroshima-und-nagasaki.html

20 Wochen Protest gegen Atomwaffen enden am Nagasaki-Gedenktag

Die Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“ beendet am Freitag, dem 74. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf die japanische Stadt Nagasaki, ihre 20-wöchige Aktionspräsenz am Fliegerhorst Büchel. Seit Ende März protestierten Friedensbewegte für den Abzug der in Deutschland stationierten US-amerikanischen Atomwaffen sowie den Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag. Die in Büchel stationierten Atomwaffen sollen in den kommenden Jahren aufgerüstet werden. Die 20-wöchige Aktionspräsenz endet mit einer Gedenkveranstaltung ab 11:02 Uhr, dem Zeitpunkt des Angriffs auf Nagasaki ... Grund für weiteren Protest liefert das Auslaufen des INF-Vertrags. Der Vertrag wurde Anfang des Jahres von den USA und anschließend auch von Russland aufgekündigt. Seit seiner Unterzeichnung 1987 führte der Vertrag zum Verbot und der Zerstörung von knapp 2 700 landgestützten Mittelstreckenraketen. Nach dem Aus des Vertrags in der vergangenen Woche sind jetzt wieder Tür und Tor für ein neues nukleares Wettrüsten geöffnet worden. Die USA haben bereits angekündigt, so schnell wie möglich landgestützte Mittelstreckenraketen in Asien zu stationieren. „Wir werden nicht tatenlos dabei zusehen, wie ein Abrüstungsvertrag nach dem anderen zunichte gemacht wird, sondern werden uns jetzt noch entschlossener für das Inkrafttreten des UN-Atomwaffenverbots einsetzten“, sagt Marvin Mendyka, Sprecher der Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei jetzt“.

www.atomwaffenfrei.de/home/artikel/8392246e0f9540cec4cb3be6ef097b70/20-wochen-protest-gegen-atomwaffen-in-buechel-enden-am-n.html

Der INF-Vertrag ist Geschichte

Nach jahrelangen gegenseitigen Beschuldigungen des Vertragsbruchs und der formellen Aufkündigung des Vertrags beider Seiten läuft der INF-Vertrag heute (1. August 2019) aus. Im Oktober 2018 sprach Donald Trump erstmals offiziell von einer Aufkündigung des INF-Vertrags. Auslöser hierfür war gemäß Trump der Bau und Test des russischen Marschflugkörpers des Typs 9M729. Da dieser laut der US-amerikanischen Regierung eine deutlich höhere Reichweite als 500 km habe, handele es sich hierbei um einen Vertragsbruch von russischer Seite. Russland dementiert das und behauptet, die 9M729, auch als SSC-8 im Westen bekannt, habe eine Reichweite von nur 480 Kilometern. Trotzdem stellten die USA Russland daraufhin ein 60-tägiges Ultimatum für die Zerstörung dieser Flugkörper. Verstreiche dieses Ultimatum und Russland halte sich weiterhin nicht an die Vertragsvereinbarungen, würde die USA den Vertrag ihrerseits aufkündigen. – Russland beschuldigte im Gegenzug die USA, durch ihr in Rumänien stationiertes Raketenabwehrsystem Aegis des Typs MK-41 gegen die Vertragsvereinbarungen zu verstoßen. Es handle sich hierbei nicht nur um reine Abwehrraketen, wie es die USA behauptete. Laut der russischen Regierung und vereinzelten Experten könnte dieses System schnell in eine Offensivwaffe umgewandelt werden, die wiederum gegen den Vertrag verstoßen würde.

Neben den angeblichen, beidseitigen Vertragsbrüchen spielte mit großer Wahrscheinlichkeit auch die durch die neue geopolitische Lage überholte bilaterale Struktur des Vertrags eine wesentliche Rolle in der Aufkündigung dieses. Sowohl die USA als auch Russland betonten in den letzten Jahren wiederholt die Bedrohungen, die von den anderen Akteuren wie China, Nordkorea oder Iran ausgehen. Das bilaterale Einkommen schränke Russland und die USA erheblich in ihrer Rüstung und Verteidigung ein, während aufsteigende Nuklearmächte wie beispielsweise China, Pakistan und Indien nicht unter seine Kontrolle fallen.

www.atomwaffena-z.info/heute/aktuelles/artikel/21b802cf3d/der-inf-vertrag-ist-geschichte.html

Keine Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa

1.8.2019 Anlässlich des Endes des INF-Vertrages zum Verbot von Mittelstreckensystemen fordern die Friedensorganisationen ICAN Deutschland, IPPNW und DFG-VK einen neuen Rüstungskontrollvertrag sowie die Unterzeichnung des UN-Atomwaffenverbotsvertrages durch die Bundesregierung. Bundesaußenminister Heiko Maas solle sich innerhalb Europas für einen Vertrag mit den USA und Russland einsetzen, der die Stationierung ballistischer Raketen in Europa verbietet.

„Mit der Beerdigung des INF-Vertrages untergraben Donald Trump und Wladimir Putin den Nichtverbreitungsvertrag weiter und setzen die Welt einem erhöhten Risiko für den Einsatz von Atomwaffen aus. Unsere globale Sicherheit darf nicht in den Händen weniger Regierungen und Staatschefs liegen, die bereit sind, die kollektiven Bedürfnisse und das Überleben der Menschheit für ihre eigenen politischen Interessen zu opfern,“ erklärt Xanthe Hall, IPPNW-Abrüstungsexpertin und Vorstandsmitglied von ICAN. Nach der Kündigung des Vertrages dürfen die USA und Russland künftig wieder landgestützte Raketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5 500 Kilometern stationieren. Damit

droht in Europa erneut ein atomares Wettrüsten. Weder die USA noch Russland zeigen Interesse daran, den Vertrag zu erneuern. Beide Staaten modernisieren ihre Atomwaffenstreitkräfte und entwickeln neue Atomwaffen. Die internationale Rüstungskontrollarchitektur droht zu kollabieren – mit unabsehbaren Folgen für die globale Sicherheit ... Die IPPNW hat eine Mail-Aktion an Außenminister Heiko Maas initiiert, in der die Bundesregierung nach dem Auslaufen des INF-Vertrages aufgefordert wird, die Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Deutschland dauerhaft auszuschließen: https://www.ippnw.de/aktiv-werden/kampagnen/maas-appell.html

www.ippnw.de/startseite/artikel/de/keine-kurz-und-mittelstreckenrakete.html

Antikriegstag am 1. September

Der INF-Vertrag ist Geschichte. Nachdem erst die USA und dann auch Russland den Vertrag im Februar gekündigt haben, läuft der Vertrag heute endgültig aus. Dies bedeutet, dass ab sofort beide Länder wieder nukleare Mittelstreckenraketen bauen und stationieren können. Eine mehr als beunruhigende Entwicklung und ein Rückschlag für eine atomwaffenfreie Welt! Ein Grund mehr sich an den bevorstehenden Hiroshima- und Nagasaki-Gedenktagen zu beteiligen.

Aber es gibt auch positive Nachrichten. So wird sich Deutschland nicht an einem Militäreinsatz vor der Küste Irans beteiligen. Hoffen wir, dass es dabei auch bleibt! Doch die Kriegsgefahr ist nach wie vor gegeben. Deshalb läuft auch unsere Petition „Kein Krieg gegen Iran!“ mit inzwischen über 12 000 Unterzeichner*innen weiter.

www.friedenskooperative.de/aktuelles/irankonflikt-hiroshima-und-nagasaki-gedenktag-antikriegstag

Iran-Konflikt: Deeskalation ist das Gebot der Stunde!

Die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG-VK) fordert ein Ende der militärischen Provokationen am Persischen Golf. Nach der Kündigung des Atomabkommens mit dem Iran durch US-Präsident Donald Trump, spitzt sich die Lage in der Region immer weiter zu. Nach dem ungeklärten Angriff auf Frachtschiffe im Persischen Golf und der Straße von Hormus, dem Abschuss einer US-Drohne durch iranisches Militär und neuen Drohungen Trumps in Richtung Teheran, ist die Lage angespannt. „Wir sind sehr besorgt, dass es zu einem Krieg zwischen Iran und den USA kommt“, so Thomas Carl Schwoerer, Bundessprecher der DFG-VK. Beide Seiten stünden in der Pflicht dies abzuwenden. „Ein Krieg würde hunderttausende Tote, unzählige Vertriebene und eine weitere Destabilisierung des Nahen und Mittleren Osten zur Folge haben“, so Schwoerer. Auch die Schäden für Umwelt und Wirtschaft wären enorm, so der Bundessprecher weiter. Die DFG-VK fordert daher alle Seiten zur Deeskalation auf. Die Bundesregierung steht in der Pflicht den Frieden zu wahren und muss beide Seiten zu Verhandlungen bewegen. „Sie und die EU sollten direkte Zahlungen an den Iran leisten, um einen Teil der durch die US-Sanktionen entstandenen Schäden auszugleichen und das Atomabkommen dadurch zu retten“, schlägt Schwoerer vor. „Dass man die USA, trotz aller Bemühungen, nicht im Atomabkommen halten konnte, zeigt wie groß der Einfluss derjenigen ist, die schon lange auf eine Möglichkeit zur militärischen Auseinandersetzung warten“, folgert der DFG-VK-Bundessprecher: „Diesen Scharfmachern auf beiden Seiten darf in Zukunft kein Raum mehr gegeben werden.“

www.dfg-vk.de/unsere-themen/kriege-und-konflikte/iran-konflikt-deeskalation-ist-das-gebot-der-stunde

Jugendappell vor der UNO in New York

Der Appell der DFG-VK Jugenddelegation – hier in Auszügen – vor dem Plenum der Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag bei den Vereinten Nationen. In voller Länge auf Englisch und in deutscher Übersetzung siehe **https://www.dfg-vk.de/unsere-themen/waffen-und-ruestung/jugendappell-vor-den-vereinten-nationen**

Anrede,

... Wir sind erschrocken über die Auflösung des INF-Vertrages, den Stillstand der FMCT-Verhandlungen, die kontinuierliche Weiterentwicklung von Atomwaffenprogrammen, dem mangelnden Fortschritt bei der Massenvernichtungswaffenfreien Zone im Nahen Osten und den regionalen Konflikten in der Region Asien-Pazifik.

... Auf der Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag im Jahr 2010 erkannten die Mitgliedsstaaten die humanitären Konsequenzen von Atomwaffen an. Die Mitgliedsstaaten müssen sich jetzt erheben und diejenigen Staaten verurteilen, die unsere Menschheit weiterhin bedrohen. Atomwaffenstaaten modernisieren ihre Atomwaffen und verstoßen damit gegen die Verpflichtungen aus Artikel 6. Sie stecken Milliarden von Dollar in ihre Atomwaffenarsenale. Milliarden, die dazu genutzt werden könnten, Schulen zu bauen, Armut zu vermindern und allen Bürger*innen Zugang zu einem funktionierenden Gesundheitswesen zu verschaffen. Diese Staaten haben wiederholt darin versagt, die in den Überprüfungskonferenzen der Jahre 1995, 2000 und 2010 getroffenen Entscheidungen umzusetzen. Entscheidungen, die im Konsens beschlossen wurden. Die Atomwaffenstaaten und ihre Verbündeten behaupten, dass die Zeit für eine Welt ohne Atomwaffen noch nicht reif sei. Das Verhalten der Atomwaffenstaaten führte zu der Erkennung einer rechtlichen Lücke im Atomwaffensperrvertrag. Wir sagen, dass der Atomwaffenverbotsvertrag diese Rechtslücke schließt, indem Atomwaffen vollständig verboten werden. Im Wesentlichen ergänzt und stärkt der Verbotsvertrag bestehende Instrumente zur Rüstungskontrolle und Abrüstung, wie den Atomwaffensperrvertrag, das Umfassende Verbot von Atomaffentests aus dem Jahr 1996 und der Begrenzte Teststoppvertrag aus dem Jahr 1963. Wir applaudieren den 73 Unterzeichnerstaaten und den 23 Staaten, die den Atomaffenverbotsvertrag bisher ratifiziert haben, und rufen die restlichen Staaten dazu auf, diesen zu unterschreiben und ratifizieren. Wenn Ihr Einsatz für die nukleare Abrüstung aufrichtig ist, werden Sie dies tun ... schon jetzt unterstützen junge Menschen überall auf der Welt den Hibakusha Appell, einen Appell der Überlebenden der Atombombenabwürfe für eine atomwaffenfreie Welt. Sie machen auf die humanitären Konsequenzen von Atomwaffen und den Atomwaffenverbotsvertrag aufmerksam. Sie unterstützen außerdem die ATOM Project-Petition für ein baldiges Inkrafttreten des Umfassenden Verbots für Atombombentests ...

Antisemitische Vorfälle und Angriffe nehmen zu

Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen. Die antisemitischen Angriffe auf zwei Rabbiner in München und Berlin im Juli und August haben für bundesweites Aufsehen gesorgt, sind aber nur die Spitze des Eisbergs. Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) registriert eine Zunahme antisemitischer Vorfälle in Berlin um 14 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Aus anderen Bundesländern gibt es ähnliche Meldungen. Bereits im Frühjahr hat Berlin als erstes Bundesland ein Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention beschlossen. Im Folgenden zitieren wir aus der Erklärung von Carola Bluhm und Udo Wolf (Die Linke) zum Angriff auf Rabbiner Teichtal, aus der Erklärung der Landesregierung Berlin zur Einführung der Antisemitismus-Prävention und aus der aktuellen Broschüre von RIAS Berlin.

Solidarität mit Rabbiner Teichtal

Carola Bluhm und Udo Wolf verurteilen antisemitischen Angriff auf Rabbiner
Zum antisemitischen Angriff auf Rabbiner Yehuda Teichtal erklären die Fraktionsvorsitzenden Carola Bluhm und Udo Wolf: „Wir verurteilen den antisemitischen Angriff auf Rabbiner Yehuda Teichtal zutiefst und stehen solidarisch an seiner Seite. Wir müssen uns jedem Antisemitismus entgegenstellen, egal aus welcher Richtung er kommt. Der Anstieg der antisemitischen Vorfälle in Berlin ist dringender Auftrag für uns als rot-rot-grüne Koalition, den Kampf gegen Antisemitismus konsequent weiterzuführen. Mit dem Landeskonzept zur Antisemitismusprävention haben wir uns dazu auf den Weg gemacht."
https://www.linksfraktion.berlin/aktuelles/presse/detail/news/solidaritaet-mit-rabbiner-teichtal/

Mit einem Landeskonzept geht Berlin noch intensiver gegen Antisemitismus vor

Der Senat von Berlin hat heute als erstes Bundesland ein Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention beschlossen. Der Beschluss erfolgte auf Vorlag des Senators für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, Dr. Dirk Behrendt. Der gesamte Senat und der Regierende Bürgermeister Michael Müller haben diese Beschlussfassung der Landesregierung aufgrund der außerordentlichen Bedeutung ausdrücklich unterstützt.

Der Regierende Bürgermeister erklärt dazu: „Berlin lernt aus der Geschichte und zieht hinsichtlich der Bekämpfung des Antisemitismus aus den bitteren aktuellen Erfahrungen konkrete Schlussfolgerungen. Deshalb wird es in unserer Stadt künftig das Amt des Antisemitismusbeauftragten bzw. einer solchen Beauftragten geben; (...) konkrete Ange-

Polizei: Rassistische Kontrollen am Hauptbahnhof

Jörg Detjen, Güldane Tokyürek , aus Platzjabbeck Nr. 5, 9. Juli 2019

Köln. Am 4. Juni hat die Kölner Polizei zehn Personen am Kölner Hauptbahnhof kontrolliert, weil die Personen mit traditioneller Gebetskleidung auffielen. Die Betroffenen wurden zu Boden geworfen, die Hände hinter den Rücken gefesselt. Ein einziger Anrufer hatte den Einsatz ausgelöst. Er berichtete von „Alluha Akbar"-Rufen der Männer. Außerdem hat einer der Männer eine schwarze Weste getragen. Die meisten Kommentatoren haben sich mit der Handlungsweise der Polizei einverstanden erklärt. Doch Die Linke hält an ihrer Einschätzung fest, dass der Einsatz völlig überzogen und unverhältnismäßig war. Die Internetzeitung report-k und der Integrationsrat teilen diese Position. Was hat zu diesem falschen Handeln geführt?

Videoüberwachung. Der Hauptbahnhof und seine Umgebung wird von 250 Kameras „überwacht". Doch diese Kameras müssen dauernd von Polizisten beobachtet werden, sonst sind sie nur teuer und noch nutzloser als jetzt schon. Doch genau diese Polizisten fehlen vor Ort, im und um den Hauptbahnhof herum. Im Video sieht man die vermeintliche Sprengstoffweste nur als Schatten. Vor Ort hätte man genauer hinsehen können und besser beurteilen, ob es sich hier um ein Kleidungsstück oder um Sprengstofftransport handelt.

Auch den Gemütszustand der Männer kann man auf einer Videoaufzeichnung nicht beurteilen: Sind sie angespannt und nervös oder plaudern sie entspannt über die soeben gehörte Predigt – wie sie es wohl tatsächlich gemacht haben? Beim Vorbeigehen kann das ein Mensch aber sofort intuitiv erfassen. Doch dazu muss er eben in der Bahnhofshalle sein und nicht vor den Bildschirmen der Videoüberwachung sitzen.

Zu wenig kulturelle Kompetenz. Dem Anrufer und der Polizei kamen die weißen Gewänder der Männer ungewöhnlich und verdächtig vor. Sie hätten die Kleidung aber als „normal" eingeordnet, wenn sie gewusst hätten, dass an diesem Tag das Zuckerfest, also das Ende des Ramadan, stattfand. Dazu zieht man sich festlich an, so wie wir meistens an Weihnachten. Und diese weißen Gewänder sind in einigen Teilen der Erde ein traditionelles Festgewand der Muslime.

„Alluha Akbar" haben einige islamistische Terroristen gerufen, während sie die Anschläge verübten. Doch dieser Ausruf wird auch im Sinne von „Oh, mein Gott" gebraucht und ist deshalb häufig zu hören. Menschen aufgrund dieses Ausrufs zu verdächtigen heißt alle Muslime unter Generalverdacht zu stellen. Da könnte man gleich ein Schild im Hauptbahnhof aufstellen: „Vorsicht bei religiösen Feiertagen! Die Aussage, ‚Gott ist größer' bzw. ‚Alluha Akbar' hat zu unterbleiben!"

Racial profiling. Wenn Muslime allein schon durch normales Verhalten unter Terrorverdacht geraten, fördert das nicht die Integration, sondern vertieft Gräben. Das ist so absurd, wie jeden Deutschen für einen Nazi zu halten und dementsprechend zu behandeln, der bei der Weltmeisterschaft laut brüllend die deutsche Fußballnationalmannschaft anfeuert.

Wenn Menschen allein durch ihre offenbar muslimische Herkunft verdächtig sind, dann ist das „Racial Profiling". Das sind rassistische Kontrollen, die sich außerhalb des Rechtsstaates bewegen. Das sah auch der Integrationsrat so, der auf seiner letzten Sitzung lange über die Vorfälle diskutierte.

Die Polizei stellt ihr Vorgehen nach wie vor nicht in Frage. Dabei geht es uns nicht darum, einzelne Polizisten an den Pranger zu stellen. Die Linke wünscht sich eine Polizeiführung, die mehr Wert auf interkulturelle Kompetenz in ihren Reihen legt und die einzelnen Polizist*innen in mehr Gelassenheit im Umgang mit muslimischer Normalität bestärkt.

Wir müssen alle darauf achten, dass Angst vor Terroranschlägen nicht zur Normalität in unserer Gesellschaft wird. Denn wenn unsere Angst dazu führt, dass wir blind für die tatsächlichen Vorgänge und Umstände werden, und wir uns nur noch von Angst und Vorurteilen leiten lassen, haben die Terroristen ihr Ziel erreicht.

Diesen Triumph dürfen wir ihnen nicht gönnen.

□

bote und Maßnahmen insbesondere im Bildungsbereich folgen (…) Die Thematik wird auch in Zukunft für den Senat höchste Priorität genießen."

Der fachlich zuständige Senator Dr. Dirk Behrendt: „Mit diesem Konzept werden wir Antisemitismus in unserer Stadt noch intensiver bekämpfen. Die Zusammenarbeit und Koordinierung der unterschiedlichen Verwaltungen spielt dabei eine zentrale Rolle. Aus Respekt und in Verantwortung gegenüber den vielen in Berlin lebenden Jüdinnen und Juden stellen wir uns dem Antisemitismus in Berlin gemeinsam entgegen."

Das Konzept benennt Ziele und Maßnahmen zur Prävention von Antisemitismus in den Bereichen „Bildung und Jugend", „Justiz und Innere Sicherheit", „Jüdisches Leben in der Berliner Stadtkultur", „Wissenschaft und Forschung" und „Antidiskriminierung, Opferschutz und Prävention".

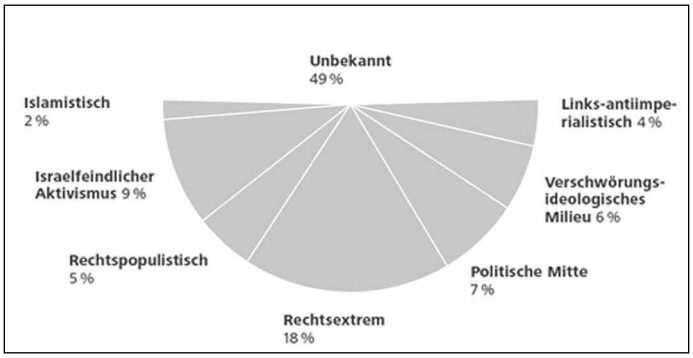
Das Konzept knüpft an den Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses „Gegen jeden Antisemitismus! – Jüdisches Leben in Berlin schützen" an (…) Mit dem Landeskonzept führt der Berliner Senat folgende Neuerungen ein:

- Es wird eine Ansprechpartnerin bzw. ein Ansprechpartner des Landes Berlins eingerichtet. Die Person hat beispielsweise die Aufgabe, Maßnahmen zur Antisemitismus-Prävention im Land Berlin mit den Maßnahmen auf Bundes- und Bezirksebene abzustimmen.
- Einen Schwerpunkt setzt der Berliner Senat in die Fortbildung von pädagogischem Personal, Polizei und Staatsanwaltschaft. Die Kompetenzen zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus in den jeweiligen Arbeitsbereichen sollen intensiv weiterentwickelt werden.
- Der Berliner Senat stellt die zivilgesellschaftliche Erfassung antisemitischer Vorfälle auf eine verlässliche Grundlage und plant die Weiterführung bzw. Einrichtung von Beratungsangeboten für Schulen und Jugendarbeit.
- Alle Berliner Schülerinnen und Schüler erhalten die Möglichkeit, sich an außerschulischen Lernorten über historische und aktuelle Ausformungen zu informieren ….

https://www.berlin.de/sen/justva/presse/pressemitteilungen/2019/pressemitteilung.791667.php

Antisemitische Vorfälle in Berlin 2018 – https://www.report-antisemitism.de/press

Im Jahr 2018 erfasste die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) insgesamt 1 083 antisemitische Vorfälle in Berlin. Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um 14 % (2017: 951 antisemitische Vorfälle).



Unter den 1.083 antisemitischen Vorfällen waren 46 Angriffe, 43 gezielte Sachbeschädigungen, 46 Bedrohungen, 831 Fälle verletzenden Verhaltens (darunter 48 Versammlungen) sowie 117 antisemitische Massenzuschriften.

Bei Vorfallsarten mit einem besonderen Gefährdungspotential für die Betroffenen gab es einen noch deutlicheren Anstieg. Die Zahl der antisemitischen Angriffe stieg im Vergleich zu 2017 um 155 %, die Zahl der antisemitischen Bedrohungen um 77 %.

Daraus lässt sich einerseits eine Zunahme verrohter Ausdrucksformen des Antisemitismus in Berlin und andererseits ein Sinken der Hemmschwelle aufseiten der Täter_innen konstatieren: Wer antisemitische Einstellungen hat, ist auch zunehmend bereit, gegen politische Gegner_innen, Kriti-ker_innen von antisemitischen Äußerungen und nicht zuletzt gegen erkennbare Jüdinnen_Juden mit Gewalt vorzugehen. Dies legt auch die Zahl der unmittelbar von antisemitischen Vorfällen Betroffenen aller Vorfallsarten nahe: Insgesamt waren im Jahr 2018 368 Personen von antisemitischen Vorfällen unmittelbar betroffen (2017: 213 Personen). 187 Personen waren Jüdinnen_Juden oder wurden als solche adressiert. Die antisemitische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Vernichtung der europäischen Jüdinnen_Juden, die sich beispielsweise in einer Täter-Opfer-Umkehr oder in Formen der Schoa-Relativierung bis hin zur Leugnung äußert, ist nach wie vor die am weitesten verbreitete Form antisemitischer Äußerungen. Sie tritt in 52% der Vorfälle auf. Stereotype des israelbezogenen Antisemitismus wurden in der Hälfte aller Vorfälle 2018 verwendet. (…)

www.report-antisemitism.de/documents/2019-04-17_rias-be_Annual_Antisemitische-Vorfaelle-2018.pdf

DOK Kommunale Politik

Ulli Jäckel, Hamburg

GEGEN ANTISEMITISMUS

Mit aller Kraft gegen Antisemitismus! Hamburg. Einem Bericht des „Abendblatts" zufolge sind ein Mitglied des Vorstands der Jüdischen Gemeinde Hamburg und der Landesrabbiner im Rathaus von einem Mann bedroht und bespuckt worden. „Es ist bestürzend, dass Menschen jüdischen Glaubens immer noch Ziel solcher Angriffe werden", erklärt dazu die Vorsitzende der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft, Cansu Özdemir. „Wir verurteilen jede Form von Antisemitismus, egal, aus welchem Spektrum der Gesellschaft er kommt. Der Kampf gegen Antisemitismus muss immer noch mit aller Kraft geführt worden, das zeigt nicht zuletzt dieser Vorfall."

https://www.linksfraktion-hamburg.de

Augsburg muss Antisemitismus entschlossen entgegentreten! Im Jüdischen Museum und in der Synagoge Augsburg sind antisemitische Schmierereien entdeckt worden. Dazu erklären Christine Wilholm und Bezirksrat Frederik Hintermayr, Kreissprecher*innen der Linken in Augsburg: „In Deutschland sind antisemitische Angriffe und Gewalttaten an der Tagesordnung. Auch die Stadt Augsburg muss ihre Bemühungen im Kampf gegen Antisemitismus erhöhen. Gemeinsam stehen wir in der Pflicht allen Jüdinnen und Juden ein sicheres Leben in Augsburg zu ermöglichen und in aller Deutlichkeit gegen antisemitische Taten vorzugehen."

ttps://augsburg.die-linke-bayern.de

Kundgebung vor dem Staatstheater: Stuttgart**.** Anfang Juni stellt die AfD im Baden-Württembergischen Landtag eine infame Anfrage: Wenn es nach den Rechten geht, soll die Landesregierung nachforschen was die Staatsangehörigkeiten der Künstler*innen an Ballett, Oper und Schauspiel sind. Das verfolgte Ziel ist klar: Unter dem Deckmantel der Sorge um die Nachwuchssicherung geht es der AfD um die Diskreditierung der Internationalität der Kulturbetriebe. Es läuft auf nichts anderes als die Propagierung des Deutschtums in der Kunst hinaus. Neben vielen anderen Organisationen rief auch Die Linke. Stuttgart zur Teilnahme an der Protestkundgebung am Samstag, den 29. Juni auf. Trotz der sommerlichen Hitze kamen über 1000 Menschen und zeigten sich solidarisch mit den Künstler*innen des Stuttgarter Staatstheaters.

https://www.stuttgart.die-linke-bw.de

Wir lassen uns nicht von Rassis-

ten instrumentalisieren. Merseburg. Gemeinsame Pressemitteilung der Fraktion Die Linke/GRÜNE im Kreistag Saalekreis und des Kreisverbandes Die Linke. Saalekreis: Nachdem einige Mitglieder der Fraktion Die Linke/GRÜNE im Kreistag Saalekreis sich an einer Schweigeminute für den getöteten Jungen im Frankfurter Bahnhof auf Antrag der AfD nicht beteiligt hatten, werden Drohungen und Hassrede in den sozialen Medien bewusst befeuert.

„Die Reaktionen im Netz belegen, dass es nicht um Trauer und Gedenken geht, wenn Mitglieder unserer Fraktion massiv angegriffen werden, weil sie dieser Form der Instrumentalisierung nicht folgen wollen. Wir verurteilen die Tat und trauern mit den Angehörigen genauso wie im Falle der Frau in Voerde, die vor einer Woche ebenfalls vor einen Zug gestoßen wurde. Der Täter war männlich, das war für die AfD nicht interessant. Genauso wenig interessiert sie die gezielte Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Lübke durch einen rechtsextremen Deutschen und viele andere gewaltsame Tode von Frauen, Migranten, Männern. Darüber verliert die AfD kein Wort von Gedenken. Im Gegenteil, hier werden die Opfer noch verhöhnt.“, so Kerstin Eisenreich.

Der Kreisvorsitzende der Linken im Saalekreis, Alexander Sorge, kommentiert: „Der AfD im Saalekreis sind die Opfer von Gewalt völlig egal, sie missbrauchen die verständliche Wut für ihre durch und durch rassistische Hetze, sie instrumentalisieren sie in den Parlamenten, um anschließend in öffentlichen Netzwerken Hass zu provozieren auf all jene, die nicht ihrer Meinung sind. Damit einhergehende Drohungen und Hassreden bleiben unkommentiert, was beweist, dass es ihnen nicht um Trauer geht. Die AfD sind keine Demokraten, sie sehnen sich nach Macht, die es ihnen erlaubt die Demokratie und unsere offene Gesellschaft zu zerstören, um anschließend eine Diktatur der Angst zu etablieren. Die AfD ist ein maßgeblicher Teil der gesellschaftlichen Probleme vor denen wir heute stehen. Wer, wie die AfD im Saalekreis, sein eigenes Handeln nicht reflektieren kann oder noch schlimmer Gewalt anfacht und mutwillig in Kauf nimmt, ist eines politischen Amtes nicht würdig.“

https://www.dielinke-saalekreis.de

Gewalt spitzt sich zu: Berlin-Adlershof. Buttersäure-Angriff und Schüsse auf Eingangstür. Seit Mai dieses Jahres ist Adlershof Schauplatz einer Welle rassistischer Gewalt. Mitte Mai wurde an einer Privatwohnung der Briefkasten mit rassistischen Drohungen und einem Hakenkreuz beschmiert. Am 9. Juni wurde der Imbiss „Habiba“ in der Adlershofer Dörpfeldstraße Opfer eines Buttersäure-Angriffs. An dem Wagen wurden außerdem erneut rassistische Parolen und ein Hakenkreuz hinterlassen. Ein neues Ausmaß nahm die Gewalt in den vergangenen Wochen an, als die Wohnung einer geflüchteten Familie mehrfach angegriffen wurde. So wurde im Mai der Briefkasten der Familie zerstört, der Gartenzaun beschädigt und der Eingang mit Hundekot beschmutzt. Es folgten Beleidigungen in unmittelbarer Nähe zum Wohnort. Zuletzt wurden in der Nacht zum 23. Juni zwei Schüsse auf die Eingangstür abgegeben – die Metallkugeln durchschlugen zum Glück nicht die Tür. Verletzt wurde niemand. Interfraktionell lag der BVV nun eine Resolution mit folgendem Text vor: „Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin verurteilt nachdrücklich die rassistischen und gewalttätigen Vorfälle der letzten Wochen im Bezirk, insbesondere im Ortsteil Adlershof.

https://www.dielinke-treptow-koepenick.de

Aufwachen CDU! Lüneburg. Leserbrief LZ 26.06.2019: „Jeder hat das Gefühl der Bedrohung“. Am 2. Juni wurde der ehemaliger Spitzenpolitiker Heinrich Lübcke (CDU) durch einen Kopfschuss von einem lange bekannten Neonazi ermordet. Während der rechte Rand, darunter auch Teile der AfD, den Mord schamlos feiern, lehnte der Stadtrat Lüneburg auf seiner gestrigen Sitzung eine Resolution der Linken ab, welche die Tat der Rechtsextremen aufs schärfste verurteilte und Konsequenzen forderte. Nur die Grünen stimmten für den Antrag, alle anderen Parteien stimmten dagegen; selbst die vom Mord betroffene CDU. Eine „akute Bedrohung“ empfinde man nicht, so der CDU-Ratsherr Rainer Mencke. Die „Tagesschau“ führte seine Äußerung noch am selben Abend ab absurdum. Dort wurde berichtet, dass der Generalbundesanwalt Anklage gegen die rechte Terrorgruppe „Revolution Chemnitz“ erhebe, welche Gewalttaten, Anschläge und bürgerkriegsähnlichen Zustände geplant habe. Es ging weiter mit einer Umfrage von Report München, wonach 40 Prozent aller befragten Verwaltungen Bekanntschaft mit Hass-, Gewalt- und Morddrohungen gemacht haben. In rund acht Prozent kam es sogar zu körperlichen Übergriffen. Der Geschäftsführer des deutschen Städte- und Gemeindebunds zeigte sich alarmiert, da dies Entwicklung die Demokratie gefährde. Nicht nur, das Herr Mencke mit seiner realitätsfernen Einschätzung, rechtsextremen Terror verharmlost, vielmehr das relative Schweigen der CDU im Fall Lübke genau in rechtsextremen Kreisen gehört. Die Botschaft die dort ankommt: „Ihr habt nichts zu befürchten“. Dagegen muss auch die CDU aufwachen. Die eiskalte Hinrichtung von Lübcke wäre ohne das jahrelange systematische Aufheizen und immer aggressivere Hetzen gegen Toleranz, Demokratie sowie Menschenrechte nicht möglich geworden. Der rechtsextremistische Terror hat ein stark vernetztes Umfeld von Sympathisanten, und die kommen zu einem großen Teil aus der AfD. Alle wissen das. Politiker dürfen gegenüber dieser Entwicklung nicht länger feige abtauchen oder gar die Parolen der Rechten übernehmen, da sie sich sonst mitschuldig machen. Haltung, Geschichtsbewusstsein und Solidarität mit Betroffenen stehen dagegen auf der Tagesordnung.

https://www.dielinke-lueneburg.de

Egal wo: Rassismus nicht unkommentiert lassen: Frankfurt a.M. Heute, am Dienstag den 30. Juli 2019 wollen die rechten „Gelbwesten“ von #WirSindVielMehr vor dem Hauptbahnhof eine „Mahnwache“ abhalten. Dem wollen wir uns entgegen stellen. Sie instrumentalisieren damit den gewaltsamen Tot eines Kindes für ihre rassistische Hetze. #WirSindVielMehr schreibt: „für das Recht auf Meinungsfreiheit“. Wer aber Morde, wie an dem kleinen Jungen am 29. Juli im Frankfurter Hauptbahnhof, für eigene rechte und rassistische Hetze gegen Geflüchtete und Migranten ausnutzt, kann sich nicht auf das Recht auf Meinungsfreiheit berufen. Dem halten wir entgegen: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Das politische Umfeld dieser rechten „Gelbwesten“ (wie etwa: Henryk Stöckl, Abendland TV, Hand in Hand, AfD-Funktionäre oder Heidi Mund), ihre Inhalte und die Inhalte der Gruppe #WirSindVielMehr sind rassistisch und menschenverachtend. Sie sind somit nicht hinnehmbar in einer Welt, in dem der Mensch frei leben will. Dem wollen wir uns entgegen stellen. Wir stehen für ein solidarisches Zusammenleben und rufen auf, sich dem Protest gegen den rassistischen Aufmarsch der „Gelbwesten“ anzuschließen. Wir werden sie nie in Ruhe lassen!

V.i.S.d.P: VVN-BdA – Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten – Kreisvereinigung Frankfurt

https://www.frankfurter-info.org

Linke entsetzt über rechtsextremes Statement der AfD zum Völkermord in Namibia. Bremen. In der aktuellen Sonntagsausgabe des „Weser-Kuriers“ sind Statements der verschiedenen Bürgerschaftsfraktionen zum

Kein Platz für rechte Bürgerwehren in Essen-Steele und überall!
Essen. Aufruf zur Demo am 14. September in Essen-Steele.

Seit inzwischen fast zwei Jahren marschiert eine zwielichtige Gruppe mit überwiegend männlichen Mitgliedern durch Essen-Steele. Sie nennen sich selbst „Steeler Jungs“. Die Gruppe versteht sich als eine Art Bürgerwehr und hat Kontakte zu ähnlichen Gruppierungen in Mönchengladbach, Düsseldorf und Köln. Hier sammeln sich Anhänger*innen der rechten Mischszene. Der Kern jedoch besteht aus Rockern, rechten Hooligans und Rechtsradikalen. Mit ihren wöchentlichen Aufmärschen schüren sie bewusst Angst in der Bevölkerung. Eine Angst, für die sie sich gleichzeitig als Lösung präsentieren. Ihre Strategie ist es, sich den öffentlichen Raum zu anzueignen und so rechtes Gedankengut wieder salonfähig zu machen. Die „Steeler Jungs“ sind alles andere als harmlos. Auch wenn sie auf ihren Versammlungen weder durch Parolen, Banner oder Plakate auffallen, lässt sich belegen, dass es sich um eine rechte Gruppierung handelt, die bereits mehrfach negativ und in Verbindung mit Gewalt aufgefallen ist ... Wir wollen verhindern, dass sich in Steele Zustände wie in Dortmund-Dorstfeld entwickeln, wo Stadt und Zivilgesellschaft viel zu lange weggeschaut haben. Die „Steeler Jungs“ sind jedoch bei aller von ihnen ausgehenden Gefahr für Andersdenkende lediglich ein Teil einer politischen Verschiebung, die mit Sorge betrachtet werden muss. Ein immer größer werdender Teil dieser selbsternannten „Retter des Abendlandes“ hat mit der AfD ein rassistisches und nationalistisches Sprachrohr in den Parlamenten gefunden. Europaweit erstarken rechte Parteien, deren geforderte Abschottungspolitik an den Außengrenzen der Europäischen Union ihren tödlichen Höhepunkt erreicht. In aller Öffentlichkeit werden rassistische Stammtischparolen gedroschen. Die zunehmende Verrohung der Gesellschaft in Worten und Taten wird immer deutlicher. Die Grenze des Sagbaren verschiebt sich zusehends. Auch in Essen. Das von den sogenannten „Steeler Jungs“ ausgehende Bedrohungspotential ist der sichtbare Ausdruck dieser gesellschaftlichen Entwicklung, der wir mit der Zivilgesellschaft mit aller Macht entgegentreten ... Sorgen wir gemeinsam dafür, dass Neonazis, Hooligans und Rassist*innen den Gegenwind einer demokratischen, weltoffenen und vielfältigen Gesellschaft verspüren, der ihnen gebührt. Lasst uns gemeinsam an der Seite derer stehen, die Ziel von Hass, Gewalt und Ausgrenzung sind! Dafür wollen wir – in Steele, aber auch insgesamt – am 14. September 2019 ein deutliches Zeichen setzen und mit vielen Menschen auf die Straße gehen. Wir werden den Rechten keinen einzigen Stadtteil, keine einzige Kneipe und auch sonst keinen öffentlichen Raum überlassen.

Wir treten für eine offene und solidarische Gesellschaft ein, in der Menschenrechte unteilbar, in der Vielfalt und selbstbestimmte Lebensentwürfe selbstverständlich sind. Wir stellen uns gegen jegliche Form von Diskriminierung und Hetze. Gemeinsam treten wir Faschismus, antimuslimischem Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Antifeminismus und LSBTIQ*-feindlich entgegen.
https://essq.de/index.php/2019/08/11/der-pott-bleibt-unteilbar/

Gedenken an den Völkermord während der deutschen Kolonialherrschaft in Namibia abgedruckt worden. Während alle anderen Fraktionen sich um eine angemessene Würdigung der Opfer Gedanken machen, hat die AfD einen Beitrag eingereicht, der ein Ende des Gedenkens fordert, sowie massiv vom eigentlichen Thema ablenkt. Miriam Strunge, Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft, zeigt sich vom Beitrag der AfD entsetzt: „Mit einer Wortwahl wie ‚Schuldkult‘ unterscheidet sich die AfD in keiner Weise mehr vom Sprachgebrauch der NPD oder anderer Neonazis. Die Forderung nach einem Ende des Gedenkens trennt die AfD ebenso von allen demokratischen Parteien und der aktiven Zivilgesellschaft, die sich um ein angemessenes Erinnern an den durch Deutsche verübten Völkermord an Herero und Nama bemüht. Dieses Statement ist widerlich und zutiefst beleidigend für die Nachfahren der Opfer, die sich endlich um eine Anerkennung des Leids, um Entschädigung und um ein würdiges Gedenken bemühen. Wir weisen diesen Angriff auf die sich entwickelnde Erinnerungskultur an die Kolonialverbrechen entschieden zurück. Die Worte der AfD zeigen im Gegenteil, wie zwingend notwendig es ist, diesem Völkermord in Afrika sowie der deutschen kolonialen Fremdherrschaft allgemein einen viel stärkeren Platz in der Gedenklandschaft einzuräumen.“
https://www.dielinke-bremen.de

„Die IG Metall in einer ungewissen Zeit“ ... positioniert sich

Bruno Rocker, Berlin. Am 6. Oktober dieses Jahres kommen die Delegierten des 24. Gewerkschaftstages der IG Metall in Nürnberg zusammen, um ihre Richtungsentscheidungen zu treffen. Das Debattenpapier zur Vorbereitung dieses Gewerkschaftstages trägt den Titel: „Die IG Metall in einer ungewissen Zeit“.
Wie bei den Kirchen, den Sportvereinen, den Schulen und allen anderen Institutionen der Zivilgesellschaft gewinnt auch für die größte und einflussreichste Industriegewerkschaft zunehmend die Auseinandersetzung und der Widerstand gegenüber den Rassisten, den Neonazis und rechtsradikalen und rechtsextremistischen Kräften und Parteien an Bedeutung.

Wir dokumentieren deshalb aus der Entschließung zur „Gesellschaftspolitik“ den Teil „Demokratie stärken“, weil er deutlich macht, wie sich die IG Metall in diesem Politikfeld erfreulich klar und unmissverständlich positioniert.

2.1. Demokratie stärken

2.1.1. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft

Die ist eine gesellschaftliche Herausforderung, die einen gemeinschaftlichen Kraftakt erfordert. Unsere Gesellschaft ist heute so gespalten und polarisiert wie lange nicht. Die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte hat eine verfestigte, soziale Ungleichheit geschaffen.

2.1.1.1. Gegen Populismus, Rechtsextremismus, Rassismus und Sexismus

Es sind nun Rechtsradikale und Populisten, die versuchen, den angestauten Frust der Menschen zu instrumentalisieren. Sie wollen die Gesellschaft spalten, indem sie Ressentiments schüren, Konflikte entfachen, Ängste befeuern und letztlich den demokratischen Kern unseres Zusammenlebens angreifen. Kolleg*innen, die seit Jahrzehnten mit uns arbeiten und seit Generationen in diesem Land leben, schlägt inzwischen offener Rassismus entgegen. Das dürfen Metaller*innen nicht hinnehmen.

Viele unserer Betriebe sind Bastionen gegen diese Spaltungsversuche. Die IG

Respekt-Banner auf der Fairwandel-Kundgebung in Berlin

https://www.igmetall.de/politik-und-gesellschaft/gleichstellung-und-integration/aktiv-gegen-rechts/wir-dulden-so-etwas-nicht

Metall steht mit ihren Werten für eine offene, tolerante und vielfältige Gesellschaft, für die wir auch in Zukunft eintreten.

Nationalisten und Rechtsextremisten dürfen unsere Belegschaften nicht spalten. Mit rechtspopulistischen Parteien wie der AfD kann und darf es daher keine Zusammenarbeit geben. Die IG Metall stellt völkisch-nationalistischer, rassistischer oder sexistischer Programmatik keine (Diskussions-)Räume zur Verfügung. Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung ist und bleibt eine zentrale Aufgabe für alle Metaller*innen – eine Aufgabe, die wir auf allen Ebenen unseres Handelns mit lauter und vereinter Stimme angehen.

2.1.1.2. Für Teilhabe, Integration und Gleichstellung

Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft, die gerechte Teilhabe für alle ermöglicht, die Vielfalt als Bereicherung sieht und jede und jeden als wertvollen Menschen achtet. Eine solche Gesellschaft ist unvereinbar mit den Ungleichheiten, die unser Land durchziehen. Noch immer besteht eine wirtschaftliche und soziale Lücke zwischen den sogenannten neuen und alten Bundesländern. Wir fordern, endlich gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land herzustellen. Wir müssen die sich auftuenden Kluften zwischen einzelnen Regionen, aber auch zwischen ländlich geprägten und städtischen Räumen schließen. Zu diesem Kampf gegen die Ungleichheit gehört, zugewanderten Menschen Selbstbestimmung und Perspektiven zu ermöglichen. Dafür müssen wir Mehrstaatigkeit anerkennen und ein modernes Einwanderungsrecht schaffen. Zugewanderte Kolleg*innen müssen schnell und möglichst unbürokratisch in den Arbeitsmarkt integriert werden und Zugang zum Bildungs- und Ausbildungssystem erhalten. Die Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse muss vereinfacht werden. Wir müssen uns außerdem dafür einsetzen, den Bedürfnissen und Forderungen der zehn Millionen Menschen in Deutschland mit Behinderung besser gerecht zu werden. Um Chancengleichheit und gesellschaftliche Inklusion zu stärken, ist eine Erhöhung der Ausgleichsabgabe und eine erzwingbare Mitbestimmung bei Inklusionsvereinbarungen notwendig.

Eine solidarische Gesellschaft kann ebenfalls nicht dulden, dass die eklatanten sozialen und ökonomischen Unterschiede zwischen den Geschlechtern fortbestehen. Frauen verdienen auch im gleichen Job weiterhin weniger, erhalten seltener die Chance auf beruflichen Aufstieg und fallen im Alter oft unter die Armutsschwelle. Die Arbeitswelt hat eine zentrale Bedeutung für die Gleichstellung: Das Entgelttransparenzgesetz muss deshalb ebenso auf weitere Anspruchsberechtigte erweitert und weiterentwickelt werden wie die bestehenden Quotenregelungen für Vorstände und Aufsichtsräte. Zeiten für Kindererziehung und Pflege dürfen sich nicht nachteilig auf den beruflichen Werdegang auswirken.

Zudem hat sich längst eine Vielfalt in der Lebensrealität von Familien etabliert, die sich weder in der Familien- noch in der Arbeitsmarktpolitik widerspiegelt. Damit verheiratete Eltern ebenso wieder steigende Anteil Alleinerziehender Erziehungs- und Erwerbsarbeit verbinden können, muss die öffentliche Kinderbetreuung für Kinder bis 12 Jahren ausgebaut und die Brückenteilzeit auch auf kleinere Betriebe ausgeweitet sowie von Sperrfristen befreit werden. Auch das Ehegattensplitting geht an den Bedürfnissen vieler Eltern vorbei. Statt nur einen Familientypus zu fördern, sollte im Rahmen einer umfassenden Reform des Steuersystems eine bedarfsgerechte Familienförderung eingerichtet werden, die der Vielfalt, in der Familien heute leben, gerecht wird und Frauen wirtschaftliche Unabhängigkeit ermöglicht.

2.1.1.3. Für eine aktive Verteilungspolitik

Trotz einer Dekade durchgängigen Wachstums, trotz hoher Steuereinnahmen und guter Lohnabschlüsse – die Einkommen und Vermögen sind in Deutschland so ungleich verteilt wie nie zuvor. Die Treiber der Transformation haben das Potential, diese Verteilungskrise noch zu verschärfen: Die digitale Wirtschaft, wie wir sie heute kennen, geht mit geringen Lohnquoten einher, mit internationaler Steuervermeidung und mit Monopolbildung. Wenn aber nur die Wenigen am technischen Fortschritt teilhaben, wenn für viele der Absturz in die Prekarität droht, dann wird die ökonomische Spaltung unserer Gesellschaft in eine politische Spaltung münden. Wir brauchen deshalb eine umfassende Verteilungspolitik, die steuer-, ordnungs- und bildungspolitische Maßnahmen verbindet.

Wir setzen uns für eine Neuausrichtung des Steuersystems ein, die Steuer- und Sozialpolitik sinnvoll zusammenführt. Wir wollen, dass Spitzenverdiener durch einen erhöhten Spitzen- und Reichensteuersatz größere Lasten tragen und Geringverdiener durch einen erhöhten Grundfreibetrag entlasten. Gleichzeitig muss die Praxis beendet werden, sozialpolitische Leistungen steuerrechtlich über Freibeträge zu verankern, wenn hiervon Topverdiener unverhältnismäßig stark profitieren.

Weiterhin gilt: Wir wollen hohe Vermögen und Erbschaften gerecht besteuern. Statt Unternehmen weiter zu entlasten, wollen wir, dass sie ihren fairen Anteil an der Finanzierung des Gemeinwesens tragen.

Wir wollen die Körperschaftssteuer anheben und digitale Wertschöpfung angemessen besteuern. Deutschland muss sich zudem auf europäischer Ebene stärker dafür einsetzen, den Steuerwettlauf nach unten zu unterbinden, Steuerschlupflöcher zu schließen und eine wirksame, europäische Finanzmarkttransaktionssteuer einzuführen.

Wir brauchen auch ordnungspolitische Maßnahmen, die öffentliche Güter stärken und dem Einfluss von Marktkräften entziehen: Güter und Dienstleistungen für Grundbedürfnisse wie Wohnraum, Strom, Wasser, Straßen, Wärme, Kommunikation und digitale Infrastruktur muss die öffentliche Hand besonders schützen. Die falsche Privatisierungspolitik der letzten Jahrzehnte muss gestoppt, die Privatisierungen zurückgenommen und diese Güter wieder der öffentlichen Hand übertragen werden. Öffentliche Güter wie Bildung, Sicherheit

DOK: Blick in die Presse

Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen

Thema: **Technologischer Wandel**

Passend zum Debattenpapier zur Vorbereitung des IGM-Gewerkschaftstages mit dem Titel: „Die IG Metall in einer ungewissen Zeit", hat der Berliner *Tagesspiegel* am 7. August ein Interview geführt mit Roman Zitzelsberger, Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg. Darin geht es auch um die drohenden Umbrüche in der Produktion und den Wertschöpfungsketten sowie den gesellschaftlichen Folgen. Wir zitieren im Folgenden aus diesem Interview.

Herr Zitzelsberger, bei Bosch in Feuerbach arbeiten 13 000 Personen, davon 8000 rund um den Diesel. Was passiert mit diesen Leuten?

Zunächst geht es darum, den Übergang so zu gestalten, dass wir die aktuelle konjunkturelle Delle überstehen. Dafür gibt es bewährte Instrumente wie Arbeitszeitreduzierung. Die strukturelle Frage ist natürlich viel schwerer zu beantworten.

Versuchen Sie es.

Die Menschen müssen für die neuen Jobs qualifiziert werden. IT- und Softwareentwickler beispielsweise sind stark gefragt und es gilt herauszufinden, wie man betroffene Beschäftigte so schnell wie möglich für andere Aufgaben qualifizieren kann. In den nächsten fünf bis zehn Jahren ist es darüber hinaus wichtig, zu erkennen, wo sich neue Technologien und Aufgabengebiete entwickeln – zum Beispiel die Brennstoffzelle als Antriebsoption für Nutzfahrzeuge, oder synthetische Kraftstoffe, für die man auch Einspritztechnologien braucht.

Wie erkennt man die künftigen Beschäftigungsfelder und entsprechend die Qualifizierungsbedarfe?

Die Betriebsräte sind eng an den Themen dran, und wir unterstützen sie. Unter anderem auch mit unserem Transformationsatlas: In fast 2000 Betrieben haben wir genau hingeschaut, wie sich die Unternehmen auf die digitale Transformation vorbereiten und welche Anforderungen sich daraus für die Betriebe und für uns ergeben. Viele Firmen haben darauf noch keine oder nur unzureichende Antworten, das macht uns große Sorgen.

Besonders prekär ist die Situation bei Lieferanten der Autoindustrie. Wird es massiven Stellenabbau geben?

Die Auseinandersetzungen werden im Herbst richtig sichtbar. Es drohen unter anderem Verteilungskonflikte zwischen Herstellern und Lieferanten. Zurecht werden etwa die Kollegen im Mercedes-Motorenwerk Untertürkheim darum streiten, dass künftig alle Teile des elektrischen Antriebsstrangs dort gebaut werden. Das sichert dann Arbeitsplätze bei Daimler, die aber gleichzeitig beim Lieferanten nicht entstehen. Die Wertschöpfungsketten verschieben sich und das trifft vor allem die Zulieferer in der zweiten oder dritten Reihe.

Was bleibt für die übrig?

Ein großer Teil hat immer noch nicht verstanden, dass es eine Veränderung beim Antriebsstrang gibt, und dass diese Veränderung viel schneller kommt als häufig gedacht. Jetzt werden die Autos entwickelt, die 2025 auf den Markt kommen. Wer da nicht dabei ist, wird es schwer haben.

Was müssten die Betriebe tun?

Es gibt zwei Varianten: Entweder man agiert entlang der bisherigen Produkterfahrung oder man setzt auf die technologische Kompetenz. Einem Betrieb, der ein Alleinstellungsmerkmal besitzt, fällt das leichter, als einem, der Bleche stanzt. Die Luft wird extrem dünn für Betriebe, die weder technologisch noch vom Produkt her eine besondere Kompetenz haben.

Selbst große Zulieferer wie Mahle und Continental haben in den vergangenen Wochen Werksschließungen in Baden-Württemberg angekündigt.

Auf die bin ich stocksauer. Wir haben ausreichend Instrumente, die sich in den Krisenjahren 2008/2009 bewährt haben. Stattdessen zetteln einige Betriebe wieder alte Verlagerungsdebatten an und drohen mit Schließung. Wenn das stilbildend sein sollte für die Transformation, dann wird die IG Metall ziemlich schnell den Schalter umlegen und auf Konfliktkurs gehen …

Die IG Metall wird nicht alle Arbeitsplätze retten können.

Ohne Blessuren wird der technologische Wandel nicht über die Bühne gehen, das weiß ich auch. Sozialpartnerschaft und vertraute Zusammenarbeit müssen sich aber in schwerer Zeit bewähren können. Für Conti und Mahle habe ich überhaupt kein Verständnis, weil an beiden Standorten auch Produkte gefertigt werden, die für die Elektromobilität erforderlich sind. Ausgerechnet solche Konzerne, die auch eine Durststrecke überstehen können, machen einfach dicht. Das macht mich auch deshalb zornig, weil es politisch verheerend wirkt.

Inwiefern?

Als die Schließung des Mahle-Standorts Öhringen verkündet wurde, standen ruckzuck die Rechten vor der Tür und haben Flugblätter verteilt mit der sinngemäßen Aussage:

„Jetzt bekommt ihr mit, wo es in diesem links-ökologisch versifften Land hingeht mit der so genannten Mobilitätswende."

Gegen solche Propaganda müssen sich Arbeitgeber, Arbeitnehmer und die Politik gemeinsam wehren. Dazu brauchen wir ein Konzept und einen Konsens, wie wir die Transformation gestalten wollen und dabei die Menschen mitnehmen. Mit Werksschließungen funktioniert das nicht.

https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/ig-metall-chef-roman-zitzelsberger-es-bleibt-kein-stein-auf-dem-anderen/24868386.html

und Gesundheit dürfen indes überhaupt nicht privatisiert werden. Wir brauchen außerdem eine digitale Infrastruktur, die freien Zugang, Datensicherheit und Datenschutz gewährleistet. Die heutige Machtstellung der digitalen Großkonzerne muss gebrochen werden.

Bildung ist die gesellschaftliche Schlüsselressource: Sie schafft Teilhabe, öffnet Wege in gute Arbeit und stärkt die Demokratie. Der Zugang zu Bildung bleibt in Deutschland aber oft versperrt: Die fehlenden Angebote zu frühkindlicher Bildung und die frühe Selektion im Schulsystem führen zu einer systematischen Benachteiligung aufgrund sozialer und ethnischer Herkunft. Kindergärten, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen sind unterfinanziert, oft baufällig und leiden vielerorts unter einem Mangel an qualifizierten Fachkräften. Die prekäre Situation des öffentlichen Bildungssystems wirkt auch verteilungspolitisch: Nur wer reiche Eltern hat, kann auf den privaten Bildungsmarkt ausweichen. Im Ergebnis haben viele junge Menschen keinen Berufsabschluss, finden keine Ausbildungsstelle oder werden beim Hochschulzugang diskriminiert. Die IG Metall tritt für ein sozial gerechtes und inklusives Bildungssystem ein, das früh und systematisch fördert, das durchlässig ist und Chancen eröffnet. Wir müssen kräftig in eine moderne Bildungslandschaft investieren, weil hier die Grundlagen für Aufstieg und Teilhabe gelegt werden. Wir wollen Bildung, die die kritische und reflexive Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Verhältnissen fördert. Gerade heutzutage muss die politische Bildung als Voraussetzung für demokratisches Handeln stärker in den Lehrplänen verankert werden. Dafür müssen Bildungsfreistellungsgesetze auch in Bayern und Sachsen eingeführt werden.

Studie über Ursachen von Rechtsextremismus bei der Polizei. Gegen 17 in rechtsextreme Machenschaften verwickelte hessische Polizisten – Drohbriefe an die Frankfurter Rechtsanwältin Basay-Yildiz, kopfüber gehisste Flaggen am Holocaust-Gedenktag, Verrat von Dienstgeheimnissen an Rechtsextreme – wird weiter ermittelt. Im Auftrag des Hessischen Innenministeriums soll nun erforscht werden, welche Alltagserfahrungen bei Polizisten extremistische Einstellungen befördern können. Vorgesetzte sollen dadurch Entwicklungen bei ihren Kollegen besser erkennen können und ihnen frühzeitig entgegen steuern. Gegen sechs weitere wurden bereits Kündigungen ausgesprochen. Mit ersten Ergebnissen der Studie „Polizeiliche Alltagserfahrungen – Herausforderungen und Erfordernisse einer lernenden Organisation“ werde lt. Hessischem Rundfunk noch im Laufe dieses Jahres gerechnet. (Hessenschau, 13.8.19)

Der Umbenennung der Hindenburgstraße in Darmstadt wurde nach 17 Jahren nun endlich im Magistrat zugestimmt. Die PDS/DKP/Offene Liste war 2002 die erste, die Anträge im Stadtparlament nach dieser Straßenumbenennung stellte, und über die Jahre hinweg wurde von verschiedenen Organisationen, Parteien und Initiativen die Forderung weiter erhoben, begleitet von Öffentlichkeitsarbeit wie Podiumsdiskussionen, Aktionen vom Darmstädter Bündnis gegen Rechts zum Jahrestag der Benennung der Hindenburgstraße. 2005 spricht sich die Straßenumbenennungskommission einstimmig für die Umbenennung aus, doch die Stadtregierung kommt der Empfehlung nicht nach. Eine Anwohnerbefragung soll die Entscheidung bringen. Die Mehrheit entscheidet sich dagegen, insbesondere die Gewerbebetriebe. 2018 findet der Antrag der Linken eine Mehrheit, die Straßen Darmstadts hinsichtlich „ehemaliger hochrangiger nationalsozialistischer Kriegsverbrecher oder anderer Unterstützer totalitärer Systeme“ von einem unabhängigen Fachbeirat überprüfen zu lassen. In diesem Frühjahr empfiehlt er, zwölf Straßen umzubenennen, die nach „straßenunwürdigen“ Personen benannt sind, darunter P. von Hindenburg mit Hinweis auf dessen antidemokratische Haltung. Der Magistrat schließt sich der Empfehlung an, ein neuer Name muss nun gefunden werden. Allerdings hat der Erfolg einen bitteren Beigeschmack: Im Januar 2018 wurden die Straßenschilder der Hindenburgstraße symbolisch mit dem Straßennamen „Halit-Yozgat-Straße“ überklebt mit anschließendem Ermittlungsverfahren gegen drei Akteure wegen „gemeinschädlicher Sachbeschädigung und Amtsanmaßung“. Ein Angebot der Staatsanwaltschaft, das Verfahren gegen eine Auflage von jeweils 200 Euro wegen geringer Schuld einzustellen, wurde abgelehnt. Die Polizei verlangt eine Erkennungsdienstlichen Behandlung, weil „damit zu rechnen ist, dass Sie auch in der Zukunft in polizeiliche Ermittlungen einzubeziehen sein werden.“ Gegen diesen eindeutigen Versuch der Kriminalisierung wurde Widerspruch eingelegt.
antifa-Hessenseiten 7/8 2019

Als Anwalt der Menschen in Ostdeutschland versucht sich die AfD zu profilieren mit Blick auf die Landtagswahlen im Herbst. So suggeriert Tino Chrupalla in der Bundestagsdebatte „30 Jahre Friedliche Revolution“, „die Widerständler von damals“ seien „auch die Widerständler von heute.“ (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 104. Sitzung, S. 12602) Marc Jongen erhebt die Wut- und Pegidabürger gleich zu heutigen Dissidenten: „Natürlich ist die Bundesrepublik nicht die DDR. Aber 30 Jahre nach deren Ende tauchen einige ihrer Merkmale gespenstisch wieder auf. Schuld daran sind gewiss nicht die Populisten, sondern die Kryptosozialisten in den Altparteien, bald wohl wieder Blockparteien. ... Treten Sie mit den Dissidenten in den Dialog!“ (Dr. G. Wiegel, AfD im Bundestag)

DGB Bayern zur AfD: „Gewerkschaften und ihre engagierten Mitglieder sind zu einem beliebten Angriffsziel rechtspopulistischer Organisationen und Parteien geworden. Allen voran die AfD ... – eine gewerkschaftsfeindliche Partei, die sich zur Vertreterin des „kleinen Mannes“ aufschwingt, obwohl sie höchst unsoziale Positionen vertritt. Gewerkschaften werden als „offizielle Verbrecherorganisation“ diffamiert, ... Der DGB Bayern präsentiert die Broschüre „Keine Alternative für Beschäftigte“, um für gewerkschaftlich Aktive Aufklärungsarbeit zu leisten. Es soll aufgezeigt werden, warum die Positionen der AfD nicht mit gewerkschaftlichen Positionen vereinbar sind und welche fatalen Folgen eine Umsetzung der Forderungen von Rechts für unsere Gesellschaft hätte.“

Suche: Broschuere-AfD-Keine-Alternative-fuer-Beschaeftigte.pdf

Heinrich Detering:

Was heißt hier „wir“ ?

Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten

Bruno Rocker, Berlin

Der unter obigem Titel jüngst bei Reclams Universal-Bibliothek nunmehr in der dritten Auflage veröffentlichte Band des Literaturwissenschaftlers Heinrich Detering verdient alle Aufmerksamkeit. Das schmale Büchlein basiert auf einen Vortrag, den Detering auf Einladung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken auf der Vollversammlung des Komitees im November 2018 als Grundlage für die Diskussion in den Arbeitsgruppen vortrug.

Detering erläuterte damals eingangs, sich in seiner Analyse auf möglichst wenige und kurze, aber repräsentative und aufschlussreiche Sätze des Führungspersonals der AfD beschränken zu wollen, sich jedoch gerade diejenigen semantischen und stilistischen Merkmale vorzunehmen, die nicht unmittelbar evident sind. Seiner Auffassung nach wird sich in der öffentlichen Diskussion der Äußerungen der AfD-Führung allzu oft an immer denselben Schlagwörtern festgebissen und dabei die Perfidie von Wortfeldbeziehungen und Syntax übersehen.

Es geht Detering darum, in den Texten der AfD Antworten zu finden u. a. auf folgende von ihm aufgeworfene Fragen:

- Wer oder was ist das „wir“, das in den Äußerungen der AfD wiederkehrend als „unser Volk“, „unser Vaterland“, „unsere Kultur“ erscheint.
- Was also meint das Wort „System“ beispielsweise in Gaulands geäußertem Satz in einem FAZ-Interview: „Wir sind der Pfahl im Fleische eines politischen Systems, das sich überholt hat“?
- Wer ist gemeint mit dem „unser“, oder wer holt sich das „liebe Volk“ und das „liebe Vaterland“ „zurück“? Was meint in diesem Satz das Wort „zurück“? (Gegenstand ist hierbei die berüchtigte Rede Björn Höckes vom Januar 2017 und die entsprechenden Einlassungen Gaulands vom Wahlabend nach der letzten Bundestagswahl)

Oftmals, so betont Detering, ist es nötig, einen Text oder eine Rede von „hinten nach vorne“ zu lesen, um die gesuchten Antworten zu finden. Analysiert werden dabei die Reden von Björn Höcke ebenso wie Äußerungen von Alexander Gauland, Beatrix von Storch und Alice Weidel. Es

geht ihm nicht nur um Begriffe wie „Vogelschiss“, „Entsorgung“, „Umvolkung“, „Messermänner“, sondern es geht um die Verwendung der Begriffe und um den jeweiligen Kontext, der Gegenstand der Untersuchung ist.

Bei den nachfolgend zitierten Passagen aus Deterings Analyse geht es um Äußerungen von Alice Weidel und Beatrix von Storch:

> „Fast immer sind die Definitionen des vermeintlich abendländischen und des deutschen „wir“ in den Hassfloskeln von Pegida und AfD negativ bestimmt. Sie sollen vor allem markieren, wer nicht dazugehören soll. Wir sind die, die nicht so sind wie die da. In einer privaten Mail – die sie im Nachhinein und mit wenig glaubwürdigen Gründen zur Fälschung erklären ließ –, hat Alice Weidel 2013 beklagt, dass „wir von kulturfremden Völkern wie Arabern, Sinti und Roma etc. überschwemmt werden“; das entspricht ihrer im Bundestag geäußerten Denunziation der nach Deutschland geflüchteten Muslime als „Kopftuchmädchen und Messermänner“. Überschwemmt sieht Frau Weidel „uns“ also, und das nicht etwa von Völkern, denen unsere Kultur fremd ist – was als Behauptung über die seit Jahrhunderten in Europa lebenden Sinti und Roma immerhin auch nicht sehr weit entfernt ist von dem Satz, ein Jude könne „kein Volksgenosse sein“. Sondern sie sagt, dass wir überschwemmt werden von „kulturfremden Völkern“, also von Menschen, denen Kultur schlechthin fremd ist. Sie meint das, was im klassischen Griechenland „die Barbaren“ hieß, und sie beschreibt es wie eine Naturkatastrophe, als Überschwemmung.
> Wie man die Anderen suggestiv als solche Barbaren markiert, zeigt Beatrix von Storch in einer Mitteilung, in der sie vor den Migranten mit den Worten warnt, es handle sich um „barbarische, muslimische, gruppenvergewaltigende Männerhorden“. Das ist nicht nur in der Wortwahl offensichtlich beleidigend und verletzend, sondern es ist auch in der Syntax bemerkenswert. Das ist in der allgemeinen Empörung oft übersehen worden. Ich meine die unauffällige Parallelisierung der drei Attribute. Frau Storch warnt ja nicht lediglich vor „barbarischen“ und „gruppenvergewaltigenden Männerhorden“, deren Mitglieder im erörterten Fall Muslime sind. Sondern sie hat das „muslimisch“ zwischen „barbarisch“ und „gruppenvergewaltigend“ so selbstverständlich eingeschoben, als gehöre es natürlicherweise zum selben Begriffsfeld. (Folglich liegt hier wie auch sonst die Vorstellung barbarischer Gruppenvergewaltigungen ohne Muslime unterhalb ihrer Wahrnehmungsschwelle.)“[1]

Nachfolgend ein Zitat aus Deterings Text, indem es um die manipulative Rhetorik des Parteivorsitzenden der AfD in der Diskussion über die Chemnitzer Ereignisse im Deutschen Bundestag geht:

> „In ein und derselben Wortmeldung im Bundestag hat Gauland noch einen zweiten Satz gesagt, der mir für seine manipulative Rhetorik des Behauptens und Ausweichens charakteristisch er scheint: „Hass ist keine Straftat“. Dieser Satz folgt der Regel: Widersprich Behauptungen, die niemand aufgestellt hat. Niemand im Deutschen Bundestag hatte ja behauptet, Hass sei ein Straftatbestand. Viele aber hatten darauf hingewiesen, dass aus Hass Taten hervorgehen können, die einen Straftatbestand erfüllen. Gaulands Satz spricht mit dem Pathos der Lakonie eine Banalität aus, suggeriert aber, dass auch die aus Hass hervorgegangenen Taten straffrei sein sollten – und zwar dann, wenn der Hass berechtigt sei. Vollständig zitiert lautet sein Satz nämlich: „Hass ist erstens keine Straftat und hat zweitens in der Regel Gründe.“ Auch dies ist natürlich eine Banalität. Es baut auf die vermeintliche Evidenz des Banalen, meint aber etwas Anderes. „Hass ist erstens keine Straftat und hat zweitens in der Regel Gründe“ meint: Begründeter Hass erzeugt begründete Straftaten. Und am Ende sind es dann nicht einmal Straftaten gewesen, sondern nur Ausdruck der berechtigten „Empörung über die Folgen der Einwanderungspolitik der Kanzlerin und Ausübung des Rechts auf Versammlungsfreiheit.“[1]

In der Affäre um die Reaktionen aus der AfD auf Äußerungen der Integrationsbeauftragten der deutschen Bundesregierung Özoguz im Mai 2017 über deutsche Kultur und deutsche Sprache zitiert Detering zunächst Alexander Gaulands Bemerkungen vor AfD-Anhängern:

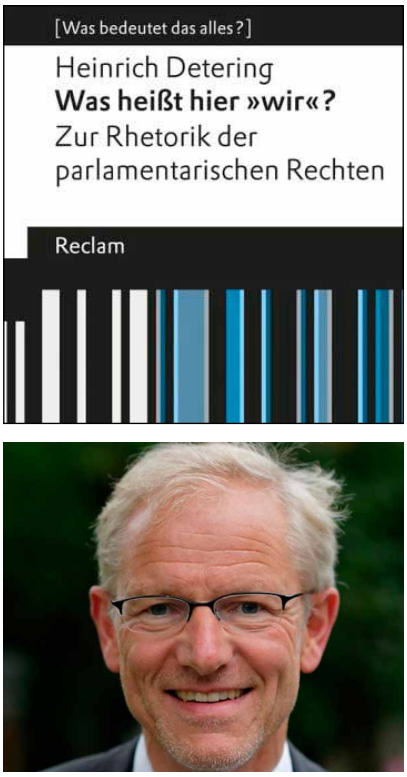
> „Ladet sie mal ins Eichsfeld ein, und sagt ihr dann, was spezifisch deutsche Kultur ist. Danach kommt sie hier nie wieder her, und wir werden sie dann auch, Gott sei Dank, in Anatolien entsorgen können.“

Detering wirft in seiner Rede unter Bezug auf Gaulands Bemerkungen dann die folgenden Fragen auf, die sich ihm aufdrängen:

> „Warum wird Frau Özoguz, wenn ihr von den Bewohnern des Eichsfeldes gezeigt worden ist, ‚was spezifisch deutsche Kultur ist‘, anschließend ‚nie wieder her‘ kommen? Welches Spezifikum der spezifisch deutschen Kultur sollte hier der Frau Özoguz vermittelt werden? Welcher Art ist diese Vermittlung, wenn die Adressatin anschließend ‚entsorgt‘ werden muss?“

Zusammenfassend:

Die Analyse Deterings zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten ist hilfreich. Die Lektüre der Provokationen des Führungspersonals der AfD erlaubt einen Blick auf das Geschichtsverständnis dieser Leute.
Deterings Text enthüllt gleichwohl auch die totalitären Ermächtigungsvorstellungen und Vernichtungsphantasien in der Führung des sogenannten “Flügels“ wie auch im Parteivorstand.



Heinrich Detering: Was heißt hier ‚wir‘? Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten. Reclam Verlag, Stuttgart 2019. 60 Seiten.
Zur Person:Heinrich Detering lehrt in Göttingen Neuere deutsche und Vergleichende Literaturwissenschaft.
Veröffentlichungen: u.a. über Goethe, Nietzsche, Thomas Mann, Bob Dylan, Wilhelm Raabe, Theodor Storm.

Quellen: (1) Heinrich Detering, Impulsvortrag im Nov.2018 vor der Vollversammlung des Zentralkomitee der Katholiken (ZdK).
www.zdk.de/veroeffentlichungen/reden-und-beitraege/detail/Impulsvortrag-Zur-Rhetorik-der-parlamentarischen-Rechten-Wer-ist-wir-Prof-Dr-Heinrich-Detering--413s/

Die Stadt ohne. Juden Ausländer Muslime Flüchtlinge

30|05|–10|11|2019: Ausstellung im NS-Dokumentationszentrum München

Hans Waschkau, München

In den letzten Jahren ist gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit durch identitäres, rassistisches und völkisch-nationalistisches Gedankengut sprunghaft angestiegen. Die neue Sonderausstellung im NS-Dokumentationszentrum „Die Stadt ohne. Juden Ausländer Muslime Flüchtlinge“ zeigt anhand historischer und aktueller Beispiele, wie eine zunehmende politische Polarisierung zur Spaltung und zum endgültigen Ausschluss einzelner Gruppen aus der Gesellschaft führen kann. Ausgangspunkt der Ausstellung ist die Verfilmung von Hugo Bettauers Roman „Die Stadt ohne Juden“ von 1924. Ort der Handlung ist im Roman Wien, im Film wird die Stadt „Utopia“ genannt. Roman und Film setzen sich satirisch mit dem damals aktuellen Antisemitismus auseinander. Einzelne Filmszenen verweisen jedoch auf die schrittweise Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung während des Aufstiegs und der Etablierung der NS-Bewegung in den 1920er- und 1930er-Jahren. Die Satire wurde durch die Realität auf grauenhafte Weise übertroffen: die Ausgrenzung war die Vorstufe von industriell organisiertem Massenmord.

Die Ausstellung setzt durch den Blick auf die heute aktuellen Entwicklungen Geschichte und Gegenwart zueinander in Bezug. Die gezeigten Exponate reichen von antisemitischen Klebemarken und Flugblättern der 1920er-Jahre über Namenslisten jüdischer Münchnerinnen und Münchner, die 1942 deportiert wurden, bis hin zu dem menschenverachtenden antisemitischen Brettspiel „Pogromly“ der rechtsterroristischen Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) von Ende der 1990er-Jahre und rassistischen Postings der Gegenwart. Der Hauptteil der Ausstellung setzt sich mit den Ausschlussmechanismen der Mehrheitsgesellschaft gegenüber einer Minderheit auseinander und führt – jeweils eingeleitet durch eine Filmszene – durch die Stufen der Ausgrenzung: von der Polarisierung der Gesellschaft über Stereotypisierung, Empathieverlust und Brutalisierung bis hin zum Ausschluss der zum Feindbild stilisierten Menschengruppe.

Der Prozess der Ausgrenzung wird zum einen an historischen Beispielen visualisiert – hier bilden die 1920er-Jahre den Ausgangspunkt –, zum anderen zeigt die Ausstellung exemplarisch auch die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die Gegenwart hinein. Forderten in den 1920er-Jahren Antisemiten immer lauter den Ausschluss von Juden, geht es heute auch gegen Ausländer, Muslime, Geflüchtete und wie schon früher gegen Sinti und Roma. Mit dieser Gegenüberstellung greift „Die Stadt ohne.“ die zentralen Fragestellungen unserer Zeit auf: Haben wir wieder „Weimarer Verhältnisse“? Ähnelt die heutige Situation derjenigen am Ende der Weimarer Republik und kurz vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten? Ist noch Zeit, „Wehret den Anfängen“ zu mahnen?

Die Ausstellung zeigt die Kontinuität antisemitischer Fremdbilder und Stereotype. Wahlplakate, Publikationen und Klebemarken machten bereits vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten „den Juden“ zum Sündenbock für kleinere und größere Übel. Die ersten antijüdischen Pogrome gab es in Berlin bereits 1923; diese sollten nur der Auftakt für die „Juden raus“-Politik der Nationalsozialisten sein. Für einen zunehmenden Empathieverlust sorgte in den 1920er- und 1930er-Jahren die „Eugenik“, die Lehre von der „Erbgesundheit“, nach der angeblich „artfremdes Erbgut“ „ausgerottet“ werden sollte.

Auch heute werden „einfache Lösungen“ für komplexe Probleme gesucht und in Parolen wie „Ausländer raus“ vermeintlich gefunden. Ob Kriminalität, sexuelle Gewalt, Krankheiten oder Drogendelikte – an allem scheinen „die Anderen“, Musliminnen und Muslime, Flüchtlinge, Ausländer oder Jüdinnen und Juden schuld zu sein. Auch die Feindbilder gleichen sich, so dass heute nicht selten in antisemitischer Tradition die „blutsaugende Spinne“ oder der „raffgierige Unternehmer“ für die Darstellung „des Juden“ bemüht werden. Neben Jüdinnen und Juden werden besonders seit 2015 Geflüchtete sowie Musliminnen und Muslime diskriminiert; ihr Ausschluss aus der „deutschen Gesellschaft“ wird von rechten Parteien gefordert. Wenn die Alternative für Deutschland (AfD) in ihren Wahlkampagnen offen für „islamfreie Schulen“ wirbt, drängen sich Analogien zum „judenfreien Deutschland“ auf, das die Nationalsozialisten herbeiführen wollten. Hat man die Minderheit erst einmal als gefährlich, zersetzend oder minderwertig deklariert, ist es nicht weit bis zum gänzlichen Empathieverlust. Dann gibt es kein Mitgefühl mehr, dann darf die Mehrheitsgesellschaft auf die als Schädlinge deklarierten Menschen losgehen – anfangs mit Worten, dann mit Gewalt. Am Ende steht der Ausschluss bzw. die Vernichtung.

Die Ausstellung „Die Stadt ohne.“ wurde nicht als rein historische Präsentation konzipiert, sondern greift permanent ge-

Das antisemitische, den Nationalsozialismus verherrlichende Spiel „Pogromly“ (Foto © Verfassungsschutz Thüringen) wurde von den NSU-Terroristen Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt entworfen und in rechten Kreisen vertrieben. Ziel des Spiels ist es, die auf dem Spielbrett genannten Städte „judenfrei“ zu machen. – Die NSU entschied sich dann aber zunächst für Muslime als Mordopfer. – Das Wahlkampfplakat der bayrischen AfD (Foto © Privatbesitz) zur Landtagswahl 2018 zeigt, wie nahe sich Untergrundorganisation und Partei sind.

Roman und Film „Die Stadt ohne Juden".

Der Wiener Schriftsteller Hugo Bettauer entwarf in seinem 1922 erschienenen Roman „Die Stadt ohne Juden" das Szenario einer Vertreibung der Juden aus Wien. Sein „Roman von übermorgen", so der Untertitel, war ein Zeitdokument, eine Satire auf den seinerzeit grassierenden Antisemitismus in Wien. Es wurde mit 250 000 verkauften Exemplaren ein Bestseller. 1924 wurde der Roman von Regisseur Hans Karl Breslauer

verfilmt. Die Kinovorstellungen in Österreich und Deutschland waren von Störaktionen der extremen Rechten begleitet. 1925 wurde Bettauer von einem Rechtsextremen in Wien ermordet. Und wenige Jahre später wurde die satirische Vision mit der Vertreibung und Ermordung der europäischen Juden grausame Realität.

Der Roman schildert, wie in einer polarisierten Gesellschaft die Juden zu vermeintlichen Sündenböcken für alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme werden. Durch Druck von der Straße und im Parlament erreichen die Antisemiten einen Beschluss über die Ausweisung der Juden. Neue Arier-Paragrafen bestimmen wer gehen muss und wer bleiben kann. Familien und Liebespaare werden auseinandergerissen, die Jüdinnen und Juden verlassen Wien – zuerst die Wohlhabenden und Jungen, zuletzt die Armen und Schwachen. Zunächst scheint alles gut, da es jetzt Wohnraum und Arbeit gibt. Doch mit der jüdischen Bevölkerung ist all das gegangen, was eine Metropole ausmacht, alles Moderne, Kosmopolitische hat die Stadt verlassen. Wien wird zum dummen, öden Dorf, die Wirtschaft liegt brach, die Währung fällt ins Bodenlose. Mit einer List gelingt es schließlich dem jüdischen Protagonisten Leo Strakosch, die Ausweisung rückgängig zu machen und Wien zu retten. Am Ende werden die zurückkehrenden Juden freudig begrüßt.

Die Handlung des Films folgt im Wesentlichen dem Roman, spielt aber in einer allgemeingültigen Stadt „Utopia".

genwärtige gesellschaftliche Dynamiken auf und hinterfragt sie. Diesem Grundgedanken folgt auch der Katalog, dessen Beiträge die Ausstellung um historische und gegenwärtige Analysen und Perspektiven ergänzen. Viele Essays gehen auf einzelne Themen der Ausstellung ein, wobei sie diese weniger kommentieren, als vielmehr Perspektiven auf das Gesamtthema eröffnen.

Der Kauf des Katalogs ist für Interessierte empfehlenswert, da die Kombination von Ausstellung und Film nicht ganz geglückt ist.

Es würde der Ausstellung gut tun, in Texttafeln den Film insgesamt sowie das Geschehen der Film-Ausschnitte an den einzelnen Stationen vorzustellen. Bei der Ausgrenzung von Minderheiten gibt es Menschen, die sich aufhetzen lassen, aber eben auch die Hetzer. Für diese ist die Hetze in der Regel Mittel zum Zweck. Dieser Aspekt wird in Ausstellung und Katalog leider nur ganz am Rande beleuchtet.

Die Wiener Schriftstellerin und Kolumnistin Julya Rabinowich schreibt im Katalog:

„Der Mensch ist nie weit entfernt von einem ihm innewohnenden Abgrund. Die Zivilisation: eine spiegelglatte Eisschicht, deren Oberfläche wieder Risse zeigt, während man nicht müde wird, sich gegenseitig zu versichern, dass alles in bester, ja in höherer Ordnung sei."

Das ist eine traurige Wahrheit. Sie entbindet aber niemanden von der Verantwortung dagegen einzuschreiten, wenn die Menschlichkeit mit Füßen getreten wird. Der Ausschluss von Minderheiten aus der Gesellschaft darf nicht zugelassen werden, da sonst Verbrechen gegen Menschen aus diesen Gruppen zur allseits akzeptierten Normalität werden.

Quellenhinweis: Katalog „Die Stadt ohne. Juden Ausländer Muslime Flüchtlinge", Jüdisches Museum Augsburg Schwaben, NS-Dokumentationszentrum, Hirmer | www.ns-dokuzentrum-muenchen.de/presse/presseinformationen/ bzw. www.ns-dokuzentrum-muenchen.de/fileadmin/user_upload/08_presse/Sonderausstellungen/NS-Doku_pressemappe_Digitale_Medien.pdf (Presseinformationen) | www.ns-dokuzentrum-muenchen.de/presse/pressebilder/wecheslausstellung-die-stadt-ohne-juden-auslaender-muslime-fluechtlinge/ (Pressebilder, von dieser Seite stammen die Bilder zu diesem Artikel)

Die Regierungsbildung in Bremen ist mit der Wahl des regierenden Bürgermeisters abgeschlossen. Die hier in ausführlichen Auzügen dokumentierte **„Kurzzusammenfassung aus der Verhandlungsgruppe"** zeigt, dass die Linke die feste Absicht hat, keine noch so kleine Chance zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Klassen auszulassen. Diese anspruchsvolle Strategie der kleinen Schritte fordert von der Fraktion, der Partei und der Öffentlichkeit Sachkunde und Aufmerksamkeit. Der Text kann auch als Fundgrube politischer Ideen gelesen werden, in diesem Fall empfiehlt sich die Verwendung des vollständigen, um 30% längeren und um viele Details reicheren Textes. Zu finden: siehe Internetquelle.

Bremen: … was aus linker Sicht mit in den Koalitionsvertrag eingeflossen ist

Die Linke Landesverband Bremen, Kurzzusammenfassung aus der Verhandlungsgruppe

Wohnen/Bau. Öffentlich statt Spekulationsobjekt: Es werden grundsätzlich keine städtischen Flächen mehr verkauft, sondern verstärkt auf Vergabe in Erbpacht gesetzt. Bremen setzt auf An- und Rückkauf von Wohnungsbeständen. Auch durch den Ankauf von Belegbindungen soll die Zahl der Sozialwohnungen gesteigert werden. (…) Die Mietenstrategie der öffentlichen Wohnungsbauunternehmen wird sozial überarbeitet. Genossenschaften werden gefördert und sollen vergünstigtes Bauland erhalten. Für Ortsteile, die von Gentrifizierung bedroht sind, wird mit Milieuschutz gearbeitet (kommunales Vorkaufsrecht und Genehmigungspflicht für Modernisierungen). (…)

KiTa. Benachteiligte Stadtteile werden gestärkt: Ziel ist die 60%ige Krippenversorgung in allen Stadtteilen. Das bedeutet einen aufholenden Ausbau vor allem in den benachteiligten Stadtteilen. In diesen Stadtteilen entwickeln wir KiTas zu Kinder- und Familienzentren (…) Die Erzieher*innenausbildung wird bezahlt und massiv ausgeweitet. Die Tarifstufe 8b für alle als Ziel vereinbart. Insbesondere Alleinerziehende mit hoher Armutsgefährdung sind auch auf flexiblere Angebote angewiesen: in jedem Stadtteil soll eine Einrichtung mit erweiterten Öffnungszeiten geschaffen werden. Die Ausweitung von flexiblen Betreuungsangeboten, auch im Haushalt der Eltern, wie MOKI Hemelingen oder die mobile Kindertagespflege kann Alleinerziehende unterstützen.

Schule. Die Doppelbesetzung im Unterricht in Grundschulen mit hohen Armutslagen kommt. Es gibt mehr Personal für die Oberschulen in Quartieren, die bisher ▸

https://www.dielinke-bremen.de/fileadmin/user_upload/Koalition_2019_2023/2019/KoaVertragsentwurf_aus_Linker_Sicht.pdf

vernachlässigt wurden. Die Erhöhung der Bildungsausgaben wird nicht mit der Gießkanne über allen Schulen verteilt, sondern anhand der sozialen Lagen vor Ort. Das Angebot von Ganztagsschulen wird weiter ausgebaut. Für Schulsporthallen gibt es ein Sanierungsprogramm. Wir verbessern die Inklusion durch zusätzliche Stunden für Fachkräfte und bessere Vergütung der persönlichen Assistenzen, damit alle gemeinsam nach ihren Bedürfnissen lernen können. Wir schaffen Schulsozialarbeit als Landesaufgabe an allen Schulen, auch an Berufs- und Erwachsenenschulen. Die innerschulische Demokratie wird gestärkt. Der dringend nötige Schulbau wird auch eine Aufgabe für die städtischen Wohnungsbauunternehmen Gewoba und Brebau. (...)

Ausbildung. Eine Ausbildungsumlage („Ausbildungsfonds“) auf Landesebene ist fest vereinbart, wenn die bisher freiwillige „Bremer Vereinbarung“ für mehr Ausbildungsplätze bis Ende 2019 nicht ihr Ziel der massiven Erhöhung der Ausbildungsplätze erreicht. Das heißt, diejenigen Unternehmen, die zu wenig ausbilden oder gar nicht ausbilden, zahlen ein und finanzieren damit Ausbildungsstellen bei Unternehmen, die ausbilden. (...) Bremen tritt für eine Mindestausbildungsvergütung ein, von der man leben kann. Das Schulgeld in bestimmten Ausbildungsberufen wie Physiotherapie wird komplett abgeschafft. So schnell wie möglich sollen alle schulischen Ausbildungsgänge vergütet werden.

Arbeit. Der Landesmindestlohn wird künftig jährlich angepasst. (...) Im öffentlichen Bereich wird auf sachgrundlose Befristungen verzichtet, Befristungen mit Sachgrund werden minimiert. Leiharbeit und Mini-Jobs werden nur in Ausnahmefällen zugelassen. Die Tariftreuepflicht bei der Vergabe öffentlicher Aufträge wird auf Dienstleistungen und Lieferverträge ausgeweitet. Die öffentlich geförderte Beschäftigung wird ausgebaut auf 1 500 sozialversicherte Arbeitsplätze. Für Alleinerziehende wird ein eigenständiges Förderprogramm geschaffen. Für Auf-stocker*innen, Alleinerziehende mit Kindern unter drei Jahren, ältere Beschäftigte und Erwerbslose, die bereits in geförderter Beschäftigung waren, werden mit Landesmitteln arbeitsmarktpolitische Angebote geschaffen. (...)

Armutsbekämpfung. Kinderarmut wollen wir bekämpfen durch den sozial gerechten Kita-Ausbau und durch die Einführung einer Kindergrundsicherung auf Bundesebene. Zur Bekämpfung von Eltern- und Frauenarmut richten wir ein neues Landesprogramm zur Unterstützung Alleinerziehender ein. Sanktionen gegen Bedarfsgemeinschaften mit Minderjährigen und die verschärften Sanktionen gegen unter 25-Jährige lehnen wir ab. Der Senat wird die vorhandenen Spielräume im Jobcenter ausschöpfen, um die Sanktionen möglichst weitgehend zurückzudrängen. Die „Kosten der Unterkunft“ werden nicht weiter kleingerechnet und auch nicht gekürzt. Hartz IV wollen wir überwinden und uns auf Bundesebene für eine gute und armutsfeste Rente einsetzen. (...)

Wohnungslose/von Wohnungslosigkeit Bedrohte. Wohnungslose werden nicht mehr vom Umfeld des Bahnhofs verdrängt. „Einfachwohnen“ und betreute Wohnformen werden ausgebaut, pro Jahr werden 50 Belegwohnungen für „Housing First“ angemietet. Öffentliche Toiletten und Aufenthaltsorte und eine Obdachlosenbibliothek sollen eingerichtet werden. Um drohende Obdachlosigkeit und humanitäre Notstände zu vermeiden werden die unabhängigen Beratungsstellen gefördert und die Einrichtung eines Härtefallfonds gegen Strom- und Wassersperren geprüft.

Gesundheit und Pflege. Die GeNo bleibt definitiv kommunal und wird durch die massive Erhöhung (stufenweise, bis 2023 Verdoppelung) der Landeskrankenhausinvestitionen unterstützt. (...) Die Ausbildung angehender Fachkräfte in der Pflege und den Therapiefachberufen [wird] ab dem Ausbildungsjahr 2019/2020 an allen Schulen kostenfrei gestellt und die Ausbildungskapazitäten für Pflegefachkräfte verdoppelt. Es werden Gesundheitszentren in den ärmeren und ärztlich unterversorgten Quartieren in kommunaler Trägerschaft gegründet unter Einbindung von Haus- und Kinderärzt*innen sowie Gynäkologie und Hebammenversorgung. (...)

Verkehr. Wir vergünstigen den ÖPNV massiv. Ticketpreiserhöhungen sollen gestoppt werden, das Ticket für Schülerinnen und Azubis wird auf 25 Euro gesenkt. Das Sozialticket wird auf 25 Euro gesenkt und der Kreis der Berechtigten auf Menschen mit Niedriglohn oberhalb der Hartz IV-Berechtigung ausgeweitet, so dass 50% mehr Menschen berechtigt sind (Pfändungsfreigrenze). Kinder von SGBII-Beziehenden werden umsonst fahren können. Der Nachtzuschlag wird abgeschafft. Der kostenfreie ÖPNV wird rechtlich, finanziell und auf Kapazitätsfragen geprüft. (...) Der Koalitionsvertrag strebt sehr deutlich eine sozial-ökologische Umverteilung des Verkehrsaufkommens und des öffentlichen Raumes zu Gunsten von Fuß, Rad und ÖPNV an. Dabei werden nicht nur zentrumsnahe Stadtteile, sondern gerade auch die Stadtteile am Rande der Stadt berücksichtigt. (...).

Umwelt und Klima. (...) Der sozialökologische Umbau wird praktisch umgesetzt: vom Wochenmarkt bis zum Essen in der Mensa, mit Solaranlagen und Kohleausstieg. Kleingärten werden als Grünflächen erhalten, das Stadtgrün beim heruntergesparten Umweltbetrieb wieder gestärkt. Der von uns seit Jahren kritisierte Offshore-Terminal wird in den nächsten vier Jahren nicht gebaut, das angesparte Geld für dieses Projekt für sinnvollere Maßnahmen in Bremerhaven investiert. Eine Vertiefung der Unterweser wird nicht mehr verfolgt. Die Beteiligung bremenports am geplanten Öl- und Gashafen in der Arktis (Finnafjord) kommt auf den Prüfstand (...)

Frauen und Gleichstellung. Wir wollen mit Maßnahmen zur Entgeltgleichheit von Frauen und Männern und einem Programm für Alleinerziehende der Ungerechtigkeit bei Einkommen, Renten, Zeitressourcen und Aufstiegschancen entgegenwirken und erreichen, dass Frauen wirklich gleichgestellt sind. Wir prüfen die Möglichkeit eines Parite-Gesetzes, damit Frauen, ihren Erfahrungen und Perspektiven die gleiche parlamentarische Teilhabe zuteilkommt. (...) Frauenhäuser und Kinderschutzeinrichtungen werden nachhaltig finanziell abgesichert. Die finanzielle Ausstattung der Frauenprojekte wird verbessert. Der Einfluss der Frauenbeauftragten soll gestärkt werden.

Queer. LSBTIQ*, also Lesben, Schwule, Bi-, trans*- und intersexuelle Menschen, werden von uns stärker unterstützt. Deswegen verbessern wir queere Sichtbarkeit und Kultur. Wir verbessern die Beratungsstruktur und sorgen für Schutz vor Diskriminierung und Gewalt. Es wird spezielle Inter- und Transangebote in Gewaltschutzeinrichtungen geben. Wir wollen die Beratungsstrukturen ausweiten, Schutzwohnungen für junge queere Menschen schaffen, eine Projektgruppe für den Bereich Sport einrichten und in den Werkstätten Bremen soll es LSBTIO*-Beauftragte geben. Im Senat wird eine queerpolitische Koordination benannt.

Stadtentwicklung/Quartiere. Es wird ein „Landesprogramm Quartiere“ für soziale Stadtteilpolitik und Förderung der benachteiligten Stadteile aufgelegt. Wohnen in Nachbarschaften (WiN) wird verstetigt und Stadtteilprojekte in die institutionelle Förderung überführt (...) Wir werden ein 1000-Bänke-Programm für mehr Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum, insbesondere für Senior*innen auflegen.

Antirassismus und Flucht. Bremen übernimmt Verantwortung und schafft Landesaufnahmeprogramme für vom Daesh verfolgte Ezidinnen, Syrerinnen, Irakerinnen, Menschen von Seenotrettungsschiffen und Geflüchtete aus libyschen Lagern. Eine Landesantidiskriminierungsstelle wird geschaffen, um bestehende Beratungslücken zu schließen.

Es wird ein bundesweit erstes Legalisierungsprogramm eingeführt, das Menschen den Ausweg aus der Papierlosigkeit ermöglicht. (...)

Grund- und Freiheitsrechte. Verschärfungen beim Polizeigesetz sind explizit ausgeschlossen. Eine unabhängige Beschwerdestelle mit Untersuchungskompetenzen wird bei der Bürgerschaft angesiedelt. Anlassloser Personenkontrollen an sogenannten „Gefahrenorten" werden abgeschafft. Wir stärken die Grundrechte durch mehr Datenschutz: Bundesweit einmalig sind individuelle Benachrichtigungen bei der Speicherung von personenbezogenen Daten in den Datenbanken und obligatorische Fortbildungen für Polizistinnen in interkultureller Kompetenz. Polizeiliche Videoüberwachung an frequentierten Orten wird nicht weiter ausgeweitet, sondern auf Verhältnismäßigkeit evaluiert. Bremen erhält das bundesweit liberalste Versammlungsgesetz für Kundgebungen und Demonstrationen. Opfer von häuslicher Gewalt erhalten die Möglichkeit einer anonymen Spurensicherung, damit sie auch im Nachhinein gerichtlich gegen gewalttätige Partnerinnen vorgehen können. Es wird eine Ermittlungsgruppe gegen Raser und Autoposer eingerichtet. In Strafverfahren wird das Mittel der Beschlagnahmung von Vermögen („Abschöpfung") stärker eingesetzt.

Demokratie und Mitbestimmung. Wir stärken die Beiräte, Jugendbeiräte und Ortsämter sowohl finanziell als auch in ihren Mitwirkungs- und Auskunftsrechten. Kleinere Parteien werden in der Beiratsarbeit bessergestellt als bislang. In allen zuständigen Senatsressorts werden Stadtteilbudgets eingerichtet. Bremen setzt sich für ein Wahlrecht für alle ein, die länger als fünf Jahre hier leben. Das Personalvertretungsgesetz wird nicht aufgeweicht.

Drogenpolitik. Cannabis wird endlich entkriminalisiert. Geringe Mengen unter zehn Gramm und vier Pflanzen für den Eigenbedarf werden von der Staatsanwaltschaft nicht mehr verfolgt. (...) Für Suchtkranke wird die Substitution deutlich verbessert und auch in Bremen die Reinstoffvergabe eingeführt. Angebote für „Drug-Checking" im Sinne des Gesundheitsschutzes werden ebenfalls ermöglicht. Es wird ein Drogenkonsumraum eingerichtet.

Wissenschaft. Die Beschäftigungsbedingungen an Uni und Hochschulen werden verbessert. Die rund 1700 studentischen Hilfskräfte werden in ihrer Forderung nach einem Tarifvertrag ausdrücklich unterstützt. Lehrbeauftragte sollen mehr Geld durch die Anrechnung von Vor- und Nachbereitungsaufwand erhalten. Es soll systematisch entfristet werden. Die Hochschulgremien werden gesetzlich demokratisiert. Viertelparität ist das Ziel, damit nicht allein die aktuell überwiegende Gruppe der Professorinnen entscheiden kann. 750 zusätzlich fertiggestellte Plätze beim Studierendenwerk schaffen weiteren bezahlbaren, unkommerziellen Wohnraum (...).

Frieden. Die Möglichkeit eines Verbots des Umschlags von Waffen und Munition für die Verschiffung in Krisengebiete wird rechtlich geprüft. Das wäre neben dem bestehenden Verbot von Kernbrennstoffen über Bremische Häfen bundesweit einmalig.

Karriereberater der Bundeswehr sollen an Schulen nicht mehr um Rekruten werben dürfen, bei sog. Informationsveranstaltungen von Jugendoffizieren müssen auch Vertreterinnen der Friedensbewegung eingeladen werden. Bremen wird sich verstärkt im Städtenetzwerk „Mayors of Peace" engagieren.

Wirtschaft. Die Wirtschaftsförderung wird geschlechtergerechter. Die Bereiche Ernährungswirtschaft und Gesundheitswirtschaft werden zu neuen Förderclustern. Kleinbetriebe werden bei der Digitalisierung unterstützt. Der bebaute Teil des Güterbahnhofsgeländes wird dauerhaft für die Kunst-, Kultur- und Kreativszene erhalten. Unternehmensgründungen durch Frauen und Unternehmerinnen mit Migrationshintergrund werden verstärkt gefördert.

Jugend und Sport. Die offene Jugendarbeit wird deutlich gestärkt und stadtzentrale Angebote ausfinanziert. Es soll für alle unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten ein Clearingverfahren geben, während Widerspruchs- und Klageverfahren in Bezug auf die Altersfestsetzung erhalten sie Bildung und Jugendhilfe.

Das Westbad wird nicht wie bisher geplant verkleinert (...) Die Bäderpreise werden gesenkt und sozial gerechter gestaffelt. (...).

Kultur. Wir verbessern die Arbeitsbedingungen von Kulturschaffenden. (...) Insbesondere die Freie Szene, die junge Szene und alternative Kulturprojekte werden gestärkt. Frauen stehen besonders im Fokus. (...).

Die Mahn- und Gedenkarbeit für die Aufarbeitung von Kolonialismus und NS-Verbrechen wird deutlich gestärkt. Das Mahnmal zur Erinnerung an die Beraubung von vertriebenen und ermordeten Jüdinnen und Juden an der Schlachte wird schnell realisiert.

Es wird einen Gedenkort in Bezug auf den Brechmitteltod von Laye-Alama Conde im Polizeigewahrsam geben. Gedenkveranstaltungen werden an die Novemberrevolution von 1918 erinnern. Der Bunker Valentin und weitere antifaschistische Erinnerungspolitik wird stärker gefördert.

Europa und Entwicklungszusammenarbeit. Wir setzen uns für legale Flucht- und Einwanderungswege und gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf europäischer Ebene ein. Wir unterstützen den fairen und nachhaltigen Handel und setzen uns auf Bundesebene für die gesetzliche Festlegung sozialer und arbeitsrechtlicher Mindeststandards in Produktion und Handel, insbesondere in der Textilindustrie ein. Der europaweite Austausch soll auch für ökonomisch benachteiligte junge Menschen ermöglicht werden. Daher wird eine Mobilitäts-Koordinierungsstelle für Erasmus und Erasmus+ geschaffen, die bei der Antragstellung unterstützt.

Senior*innen und Inklusion. Die Generationenhäuser werden gestärkt und ein weiterer Ausbau unterstützt. Die Wohn- und Betreuungsaufsicht wird personell so gestärkt, dass sie die Regelüberprüfungen von Senior*innenheimen gewährleisten kann. Die Pflegestützpunkte und die aufsuchende Altenarbeit werden ausgebaut.

Wir (...) streben die Barrierefreiheit in allen öffentlichen Einrichtungen an und die Umsetzung der Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention. Wir wollen 20 Stellen des Budgets für Arbeit in öffentlichen Dienst für Menschen mit Behinderung schaffen. Wir unterstützen die Selbstbestimmung und Eigenvertretung von Senior*innen als auch von Menschen mit Behinderung.

Medienpolitik. Die Rechte und Beschäftigungsbedingungen der Mitarbeiterinnen stärken wir. Bremen setzt sich in der Rundfunkkommission der Länder dafür ein, das Verfahren zum Einzug der Rundfunkbeiträge für die Bürgerinnen und Bürgern zu verbessern und eine Übernahme der Beitragspflicht sozial benachteiligter Personen durch den Staat ermöglichen.

Finanzen und Personal. (...) Die Zahl der Außenprüfer beim Finanzamt wird erhöht.

Um Investitionen möglich zu machen, sollen beim Schul- und Kita-Bau Gewoba und Brebau (und Stäwog) tätig werden. Die energetische Gebäudesanierung wird aus den Anlagemitteln der Versorgungsvorsorge finanziert. Für Personal- und Versorgungsausgaben wird ergänzend auf das Sondervermögen Versorgungsrücklage zurückgegriffen.

Bei der Finanzierung neuer Maßnahmen sind u.a. folgende Politikfelder prioritär: Schulen und Kitas; Sozial- und Belegwohnungen; soziale und zukunftsfähige ÖPNV-Tarifstruktur; Alleinerziehenden-Programm; Bekämpfung der Kinderarmut / Stärkung der Quartiere / Gesundheitsversorgung benachteiligter Gruppen. (...)

22. DEZEMBER 1921 UNGARN

Die ungarischen Gewerkschaften zwischen den Weltkriegen

Gyula Pallagi, Budapest

Anfang der 1920er Jahre waren die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung in Ungarn in einer verzweifelten Lage. Die tragische Niederlage im Ersten Weltkrieg, das demütigende Friedensdiktat gefolgt von der Besetzung weiter Teile des Landes durch fremde Truppen, die Niederschlagung der republikanische Revolution und die entstehende Sowjetrepublik des Proletariats führten letztlich zur Einsetzung einer neuen Regierung unter Miklós Horthy, der als Reichsverweser zum Staatschef eines Königreichs ohne König wurde. Er selbst bezeichnete sein Regime als „konterrevolutionär", unterstützt durch sein eigenes System des „weißen Terrors". Die politischen Parteien des linken Spektrums, Sozialdemokraten und Kommunisten gleichermaßen, wurden verboten, und die Arbeiterbewegung hatte keine Möglichkeit mehr, sich legal zu organisieren, da zahlreiche Gewerkschaften und vor allem die Beamtengewerkschaften zerschlagen wurden.

Die Volkswirtschaft des Landes lag danieder, und die meisten Rohstoffe des Landes wurden von benachbarten Ländern konfisziert. Arbeitslosigkeit und Inflation stiegen steil an. So erreichte die Inflation im Juli 1923 mit 98% innerhalb eines Monats ihren höchsten Wert.

Die Gewerkschaften erklärten, dass ihre Existenz eine „historische Notwendigkeit" sei, und begannen mit gewerkschaftlichen Hilfsprogrammen. In den 1920er Jahren waren die größten Probleme die steigende Arbeitslosigkeit und die Verarmung der Arbeiterklasse. Für viele Familien war diese gewerkschaftliche finanzielle Unterstützung die einzige Einkommensquelle; diese Maßnahmen stärkten daher die Solidarität, vermittelten ein Zugehörigkeitsgefühl und erhöhten die Popularität der Arbeiterbewegung in den ärmeren Bevölkerungsschichten.

Versuche allerdings, die MSZDP – die Ungarische Sozialdemokratische Partei – zum Schweigen zu bringen, scheiterten voll und ganz, denn die Partei war bei den Fabrikarbeitern, Gewerkschaften und Beamten wie Postboten und Eisenbahnern sehr beliebt, und diese Gesellschaftsschicht bildete eine zuverlässige Basis für die Sozialdemokratie in Ungarn. Mit der zunehmenden Stärke der Gewerkschaften in der Partei veränderte sich auch ihre Rolle. Sieben von elf Mitgliedern des MSZDP-Führungszirkels waren Gewerkschaftsführer. Trotz des politischen Gegenwindes nahm die Anzahl der Mitglieder nicht ab, und die Gewerkschaftsspitze setzte auf eine konstruktive, an der Praxis orientierte Auseinandersetzung und auf eine Taktik wohlüberlegter Schritte mit Streiks und Demonstrationen.

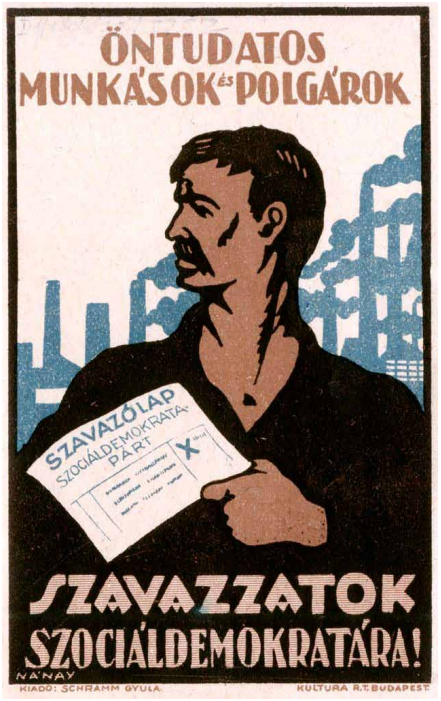
Die MSZDP und die Gewerkschaften werden legalisiert

In dieser Situation wurde im April 1921 Graf István Bethlen zum Ministerpräsidenten ernannt, der die Konsolidierung Ungarns vorantrieb. Aufgrund seiner konservativen Politik befand er sich schließlich in einer an zwei Fronten zu führenden Auseinandersetzung mit der extremen Rechten und den sozialdemokratischen und liberalen Oppositionsparteien.

Die geheimen Gespräche zwischen der Regierung und den Gewerkschaftsführern begannen am 8. Dezember 1921, und zwei Wochen später, am 22. Dezember, unterzeichneten sie eine geheime „Versöhnungsvereinbarung", den so genannten Bethlen-Peyer-Pakt. Die MSZDP und die Gewerkschaften wurden legalisiert, und die Gewerkschaften konnten wieder mit ihrer Organisierungsarbeit beginnen. Die MSZDP durfte an National- und Kommunalwahlen teilnehmen, mehr als 10 Prozent der Sitze im Parlament wurde ihnen jedoch nicht zugestanden.

Die MSZDP musste allerdings einen hohen Preis für diesen Pakt bezahlen – die Gewerkschaften durften keine Beamten und Landarbeiter organisieren, und daraus folgte, dass die Effektivität der Gewerkschaften und der Streik als wirksamste Waffe der Partei ebenfalls beträchtlich eingeschränkt wurden. Sie mussten sich verpflichten, keine neuen Organisationen für die Landarbeiter zu gründen, auf radikale republikanische Propaganda gegen die Regierung zu verzichten und Kritik gegen die offizielle Außenpolitik zu unterlassen. Als Gegenleistung gab die Regierung Bethlen der sozialdemokratischen Partei die Mög-

DEBRECENI ÉPÍTŐMUNKÁSOK SZÜRETI MULATSÁGA (1923)



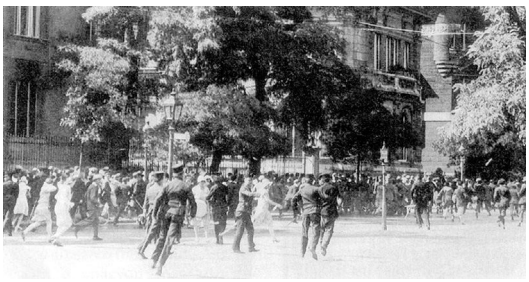
Oben: **Erntedankfest der Bauarbeiter in Debrecen 1923** – Quelle EFEDOSZSZ. Rechts: **Selbstbewusste Arbeiter und Bürger! Stimmt für die Sozialdemokraten!** Quelle: Politikatörténeti és Szakszervezeti Levéltár (Archiv des Instituts für politische Geschichte und Gewerkschaften)

lichkeit, sich umfassend am politischen Leben Ungarns zu beteiligen, so dass die Sozialdemokraten bei den Wahlen 1922 antreten konnten und im Rahmen des Paktes bis 1944 im Parlament vertreten waren. Ihr Sitzanteil im Parlament war allerdings auf zehn Prozent beschränkt. Zu den weiteren wichtigen Bestimmungen des Paktes gehörten die Wiedereinführung der Versammlungsfreiheit, die Freigabe der Bankguthaben der Gewerkschaften und der weitgehende Verzicht auf die offizielle Überwachung der sozialdemokratischen Partei. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass der Ministerpräsident sich ebenfalls auf die Herstellung stabiler Lebensbedingungen für die Arbeitnehmer verpflichtete und ein Gesetz für die Versorgung von Alten, Witwen und Waisen sowie eine Invalidenversicherung auf den Weg brachte. Der Inhalt des Paktes blieb bis Ende 1923 geheim.

Die Sozialdemokraten betrachteten diesen Pakt als einen großen taktischen Erfolg, da er ihnen die parlamentarische Vertretung ab der Wahl 1922 bis 1944 ermöglichte und sie damit innerhalb eines ruhigen, geordneten und legalen Umfeldes arbeiten konnten, während die nach wie vor verbotenen und illegalen Kommunisten den Pakt als eine Versöhnung zwischen „Arbeiteraristokratie“ und Kapitalisten an den Pranger stellten und die Gewerkschaftsführer als Verräter bezeichneten.

Bedrohliche Arbeitslosigkeit in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre

In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre wurde die steigende Arbeitslosigkeit sogar für diejenigen bedrohlich, die eine Arbeit hatten, denn die Arbeitgeber wollten Lohnkürzungen durchsetzen und attackierten die bestehenden Arbeitsgesetze. Mit der weiter steigenden Arbeitslosigkeit nahm die Zahl der Streiks und Lohnkämpfe signifikant ab. Die zum Ende des Jahrzehnts heraufziehende Wirtschaftskrise zwang die Gewerkschaftsführungen und die sozialdemokratische Partei, sich immer stärker für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu engagieren. Sie forderten Arbeitslosenunterstützung, die Regulierung der Arbeitszeit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, Versammlungsfreiheit für alle und ein sofortiges Ende der polizeilichen Übergriffe. Diese Forderungen erhielten durch Streiks, Hungermärsche und Demonstrationen zusätzlichen Nachdruck. Die Parole lautete: Arbeit und Brot! Das waren die wichtigsten Ziele der Arbeiterbewegung.



Demonstration und Aufstand am 1. September 1930.

Im Frühjahr und im Sommer 1930 unternahmen die Regierung und die Behörden nichts gegen die Arbeitslosigkeit. Vorbereitungen für einen mehrstündigen Streik und eine Demonstration auf den Straßen von Budapest begannen Anfang August. Am 11. August 1930 entschloss sich das Gewerkschaftskomitee, am 1. September eine Demonstration durchzuführen. An diesem Montag blieben die Werkstore geschlossen. GYOSZ (Ungarischer Industriellenverband) ordnete einen freien Tag an, so dass nicht genau festgestellt werden konnte, wie viele Menschen dem Aufruf der Gewerkschaften folgten. Das war jedoch keine gute Idee. Gegen 10 Uhr schlossen sich der Demonstration zwischen der Nagykörút- und der Andrássy-Straße immer mehr Teilnehmer an, und als der Zug gegen Mittag den Heldenplatz erreichte, kam es zu Zusammenstößen mit der berittenen Polizei, die die Menschenmenge bedrängte.

Ein Demonstrant warf den ersten Stein – und in den nächsten Sekunden musste sich die Polizei eines wahren Hagels von Pflastersteinen erwehren. Vor der Vajdahunyad-Burg rissen die Protestierenden die Polizisten von ihren Pferden. „Zielt auf die Menge! Feuer!“ So lautete der Befehl des Polizeikommandanten Károly Nagy an seine Reiterstaffel. Danach lag der arbeitslose Bauarbeiter János Darnyik tot vor den Herrscherstandbildern auf dem Platz. Dreizehn Menschen mussten wegen ihrer Verletzungen im Krankenhaus versorgt werden. Rund 150 000 Menschen nahmen an dieser Demonstration teil. Außerhalb der Hauptstadt kam es ebenfalls in ländlichen Industriezentren und größeren Städten zu Demonstrationen, Zusammenstößen mit der Staatsmacht und Verhaftungen

Im Jahr darauf veranstaltete der Gewerkschaftsrat einen außerordentlichen Kongress, auf dem Peyer feststellte, dass mehr als eine Million Menschen aufgrund der falschen Wirtschaftspolitik der Regierung in Armut lebten. Die hoffnungslose Wirtschaftslage trieb immer mehr Menschen in die Verzweiflung, und es gab eine Reihe von Hungermärschen. Auf diesen Demonstrationen erhob die verbotene Kommunistische Partei immer vernehmlicher ihre Stimme. Einige der Branchengewerkschaften – Bergarbeiter, Bauarbeiter, Schuhmacher – freundeten sich mit den radikaleren Methoden der Kommunisten an, was innerhalb der Bewegung zu steigenden Spannungen führte.

Streikzentrale der Bauarbeiter 1935 – Quelle ÉFÉDOSZSZ

Erfolgreiche Streikbewegungen in den dreißiger Jahren

Ab 1933 ging die Arbeitslosigkeit zurück, und die industrielle Produktion legte zu. Diese langsame wirtschaftliche Entwicklung hatte auch positive Auswirkungen auf die gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen. Die Gewerkschaften verlagerten den Schwerpunkt ihrer Arbeit und passten sich an die neuen Umstände an. Lohnforderungen wurden ein zentraler Punkt, aber auch die Organisationsfreiheit und das Streikrecht gewannen an Bedeutung. Die Streikbewegung der Bauarbeiter erreichte 1935 ihren Höhepunkt. Die Regierung musste ihre Politik ändern und erließ 1937 eine Verordnung über die Beschäftigungsverhältnisse, für die Gewerkschaften ein großartiger Sieg. Die immer weiter nach extrem rechts abdriftende Regierung hatte aber nie den Gedanken aufgegeben, die Gewerkschaften durch ein korporatistisches System mit staatlich kontrollierten Arbeiterkammern sowie Sport- und Freizeitvereinen für die Arbeiter zu ersetzen. Dazu sollte es jedoch aufgrund des Beginns des Zweiten Weltkriegs nicht kommen. Zu diesem Zeitpunkt orientierten sich die ungarische Arbeiterbewegung und auch die Arbeitsgesetzgebung weitgehend an westeuropäischen Vorbildern. Aber die Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und die nachfolgende sowjetische Besetzung griffen in das Schicksal des Landes ein, und die Gewerkschaften entwickelten sich auf eine völlig andere Weise weiter.

Übersetzung: Linguanet sprl Quality Translations, Brüssel/Belgien

Inhalt

Aktuelles 2
AfD fordert neue Verteidigungsministerin heraus • Wider das Vergessen! • Brexit:

Jahrestagung des deutsch-französischen Instituts – dfi 3
Berichte zur Tagung im Juni– Bemerkungen zum Aachener Vertrag • Arbeitsgruppe Wirtschaft • Arbeitsgruppe Verteidigung • Gelesen: Emmanuel Macron: Revolution. Wir kämpfen für Frankreich

Ein Clown vollführt einen Balanceakt 6

Aktionen – Initiativen: Nie wieder Hiroshima und Nagasaki 8
Nie wieder Hiroshima und Nagasaki • 20 Wochen Protest gegen Atomwaffen enden am Nagasaki-Gedenktag • Der INF-Vertrag ist Geschichte • Keine Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa • Antikriegstag am 1. September • Iran-Konflikt: Deeskalation ist das Gebot der Stunde! • Jugendappell vor der UNO in New York

Antisemitische Vorfälle und Angriffe nehmen zu 10

Polizei: Rassistische Kontrollen am Kölner Hauptbahnhof 10

Kommunale Politik: Gegen Antisemitismus 11
Mit aller Kraft gegen Antisemitismus! Hamburg. • Augsburg muss Antisemitismus entschlossen entgegentreten! • Kundgebung vor dem Staatstheater: Stuttgart. • Wir lassen uns nicht von Rassisten instrumentalisieren. Merseburg. • Gewalt spitzt sich zu: Berlin-Adlershof. • Aufwachen CDU! Lüneburg. • Egal wo: Rassismus nicht unkommentiert lassen: Frankfurt a.M. • Linke entsetzt über rechtsextremes Statement der AfD zum Völkermord in Namibia. Bremen.

„Die IG Metall in einer ungewissen Zeit" … positioniert sich 13
Blick in die Presse: Technologischer Wandel

Rechte Provokationen --- Demokratische Antworten 16

Heinrich Detering: Was heißt hier „wir" ? 16

Die Stadt ohne. Juden Ausländer Muslime Flüchtlinge 18

Bremen: … was aus linker Sicht mit in den Koalitionsvertrag eingeflossen ist 19

Kalenderblatt, 22. Dezember 1921, die ungarischen Gewerkschaften zwischen den Weltkriegen 22

Am 1. September: Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg, Positionen der Linkspartei 24

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in sieben Wochen am 10. Oktober 2019. Redaktionsschluss: Freitag, 4. Oktober. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Erscheinungstermine 2019: 17. Januar, 14. Februar, 14. März, 11. April, 9. Mai, 27. Juni, 25. Juli, 22. August, 10. Oktober, 7. Nov., 5. Dez.

Am 1. September: Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg, Positionen der Linkspartei

Vor den beiden Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen am 1. September steht nach den letzten Umfragen als ziemlich wahrscheinlich fest: die bisherigen Regierungskoalitionen, in Potsdam die SPD mit der Linken, in Dresden die CDU mit der SPD, finden keine Mehrheiten mehr. Die AfD scheint der Gewinner zu werden, allerdings ohne wirkliche Aussicht auf Regierungsbeteiligung. Wir dokumentieren aus den jeweiligen Wahlprogrammen der Linken.

„Ums Ganze. Brandenburgs Zukunft gemeinsam gestalten!

Seit zehn Jahren gestalten wir unter schwierigen Rahmenbedingungen fortschrittliche Politik in Brandenburg. Unser Ziel ist, dass man überall in Brandenburg gut leben kann. Trotz der Unterschiede zwischen Stadt und Land. Egal, wo man sich entscheidet in Brandenburg leben zu wollen, darf dies nicht an den Bedingungen vor Ort scheitern. Gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Land zu gewährleisten bleibt für Die Linke ein wichtiger Verfassungsauftrag.

Wir haben strategische Weichen gestellt für bessere Lebensbedingungen im Land. Wir haben die unsoziale Politik von zehn Jahren SPD/CDU-Koalition beendet und viele ihrer Fehler korrigiert. So begrenzt die Möglichkeiten eines Bundeslandes sind, dennoch gestalten wir seit zehn Jahren fortschrittliche Politik in Brandenburg. Wir haben in dieser Zeit viel getan, um die öffentliche Infrastruktur auszubauen und die Kommunen finanziell besser zu stellen. Wir haben vieles getan, um die Mobilität zu verbessern, die Erneuerbaren Energien auszubauen, günstigen Wohnraum entstehen zu lassen, die gesundheitliche Versorgung zu stabilisieren, auszubauen und zu modernisieren. Wir haben den öffentlichen Dienst gestärkt und attraktiver gemacht.

Am 1. September werden wir Brandenburger*innen eine wichtige Entscheidung treffen. Die große Frage wird sein: In was für einer Gesellschaft wollen wir künftig leben? Wollen wir eine offene, sozial gerechte und demokratische Gesellschaft, in der die Würde und Rechte eines jeden Einzelnen im Mittelpunkt stehen? Oder wollen wir eine Gesellschaft, die für Abschottung und Nationalismus steht, in der nur das Recht des Stärkeren gilt?

Wir wollen kein Brandenburg der Spaltung, sondern ein Brandenburg der Solidarität. Wir, Die Linke, sind ein verlässlicher Teil des Bollwerks für Menschlichkeit. Im Miteinander, nicht im Gegeneinander aller Brandenburger*innen werden wir das Land sozialer und ökologischer entwickeln. Wir sehen die nächsten zehn Jahre als entscheidend an, um unser Land zukunftsfest weiterzuentwickeln, mit allen für alle.

Fortschritt & Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen

Es ist an der Zeit: Wir wollen nach 30 Jahren dem Trübsinn ein Ende setzen. Wir wollen Fortschritt aktiv gestalten und dabei den gesellschaftlichen Zusammenhalt in diesem Land neu begründen. Damit das solidarische Sachsen entsteht. Wir sind dazu bereit.

Ob dieses Programm ein Regierungsprogramm sein wird, entscheiden Sie bei der Landtagswahl mit Ihrer Stimme.

Wir wollen mit Ihnen gemeinsam dieses Land voranbringen und gestalten. Wir wollen dort, wo der Bund versagt, Sachsen zum Musterland des gesellschaftlichen Fortschritts machen. Wir sind davon überzeugt: Diese Wahl wird durch Haltung entschieden. Wie wird dieses Land als Zukunftsregion gesichert? Wir glauben, dass es unser Ansatz, der solidarische Ansatz, ist, der dieses Land sicher in die Zukunft führt: Gelingende Inklusion im Schulsystem ist für uns ein gesamtgesellschaftlicher Gewinn. Bildungscluster und Forschungszentren werden Menschen anziehen. Armut und soziale Ungleichheit verstehen wir als Hemmnis für gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Wir werden nicht zulassen, dass ganze Regionen samt deren Bewohner*innen abgehängt werden, sondern wollen deren Potential entwickeln. Wir wollen, dass jede und jeder hier in Toleranz und Mitmenschlichkeit so leben kann und darf, wie er oder sie es möchte. Dafür ist es notwendig, die gesellschaftliche, infrastrukturelle und technische Entwicklung nicht einzelnen Großkonzernen oder weit entfernten Akteuren zu überlassen. Dafür ist es notwendig, dass wir neue Verbindungen knüpfen, wo diese weggefallen sind. Dafür ist es notwendig, dass es in unserer Demokratie wirklich etwas zu entscheiden gibt. Alle unserer gemeinsamen Ziele können wir nur in einem friedlichen Sachsen und einem friedlichen Europa umsetzen und erreichen. Deshalb sprechen wir uns nachdrücklich für eine politische Lösung der Konflikte in Osteuropa und gegen jegliche militärische Eskalationsbestrebungen dort aus. Wir laden Sie deshalb ein, mit uns gemeinsam unsere Ideen für das solidarische Sachsen zu entdecken.

Ihre Partei Die Linke Sachsen